



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

MONATLICHER PRESSESPIEGEL

Inhalt:

- ▶ Politik
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Finanzen
- ▶ Transport und Logistik
- ▶ Wissenschaft, Bildung und Kultur
- ▶ Tourismus und Gastronomie
- ▶ Verschiedenes
- ▶ Zahlen und Fakten

JANUAR 2019

Botschaft von Luxemburg
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 95 70
Fax +49 30 263 95 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

POLITIK

Kontinuität mit neuen Akzenten

Luxemburg. Im Außenministerium wird sich in den nächsten fünf Jahren nicht all zu viel ändern.

Als Chefdiplomat vertritt **Jean Asselborn** weiterhin die Interessen des Landes auf interna-

tionalem Parkett. Zuhause ist er als Immigrationsminister in der Flüchtlingspolitik gefragt. Auch hier setzt die Regierung auf Kontinuität. Allerdings sind einige Änderungen geplant. So soll das Immigrationsgesetz auf seine Kohärenz hin unter die Lupe genommen werden. Die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern oder Personen, die sich

illegal in Luxemburg aufhalten, soll effizienter werden, heißt es im Regierungsprogramm. DS



Luxemburg und die große, weite Welt

In der Außenpolitik setzt die Regierung auf Kontinuität – In der Flüchtlingspolitik sind einige Änderungen vorgesehen

VON DANI SCHUMACHER

Wegen der vielen internationalen Krisen hat Außenminister Jean Asselborn (LSAP) in den kommenden fünf Jahren alle Hände voll zu tun. Laut Regierungsprogramm ist seine Agenda als Immigrationsminister ebenfalls gut gefüllt.

To-Do-Liste von:

Jean Asselborn

In seiner Weihnachtsansprache hatte Großherzog Henri das Engagement der Luxemburger Diplomatie ausdrücklich gelobt. Deren oberstes Ziel ist die Wahrung des Friedens, der Sicherheit und der Menschenrechte. So ist es auch im Koalitionsvertrag für die Jahre 2018 bis 2023 festgehalten. Weitere Prioritäten sind die Nachhaltigkeit, der Kampf gegen die Armut und den Klimawandel sowie der Einsatz für die Gleichbehandlungen von Männern und Frauen.

Dabei fühlt sich das Land den europäischen Werten und den Zielen der Vereinten Nationen – etwa dem Multilateralismus – verbunden. In der Praxis bedeutet dies, dass Luxemburg sich weiterhin an den Missionen der UNO, der EU und der OECD beteiligen wird. Um sein Engagement bei den Vereinten Nationen zu untermauern, strebt die Regierung, wie schon im Koalitionsvertrag von 2013, für die Mandatszeit 2022 bis 2024 einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat an. Die Regierung blickt noch weiter in die Zukunft: Nach 2013-2014 soll Luxemburg in den Jahren 2031-2032 erneut nicht-ständiges Mitglied im UN-Weltsicherheitsrat werden.

Das Regierungsprogramm enthält auch konkrete Vorschläge in Bezug auf die EU. Dabei stehen die sozialen Mindeststandards im Mittelpunkt. Mindestlohn und Arbeitslosengeld sollen in der gesamten EU verbindlich werden, allerdings muss dabei den Möglichkeiten der einzelnen Länder Rechnung getragen werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Damit setzt die Regierung ihre sozialen Bemühungen aus der vergangenen Legislaturperiode fort. In Anlehnung an die Jugendgarantie will sie sich für eine Garantie für Kinder, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, einsetzen. Ein ähnlicher Mechanismus soll auch

älteren Arbeitslosen zugutekommen.

Grüne Außenpolitik

Die Außenpolitik bekommt diesmal einen grünen Anstrich. Das Pariser Klimaabkommen und die Agenda 2030 gelten dabei als Leitfaden. Luxemburg will alles daransetzen, damit die europäische Wirtschaft bis 2050 CO₂-neutral wird. Darüber hinaus will die Regierung Druck auf die belgischen und die französischen Nachbarn ausüben, damit sie ihre Atommeiler in Cattenom, Tihange und Doel endgültig dicht machen. So verwundert es denn auch nicht, dass sie sich für eine Reform des Euratom-Vertrages einsetzen will.

Was die europäische Agrarwirtschaft anbelangt, bleibt die Regierung bei ihrer kritischen Haltung in Bezug auf die genetisch veränderten Organismen. Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik spricht sie sich gegen eine Kürzung der Finanzmittel aus. Ganz allgemein könnte sie sich sogar vorstellen, mehr Gelder für die Europäische Union bereitzustellen, damit die EU ihren neuen Aufgaben gerecht werden kann.

Während die Regierung in der vergangenen Legislaturperiode einem obligatorischen Lobby-Register eher kritisch gegenüberstand, plädiert sie diesmal für die Einführung einer solchen Liste. Der Sinneswandel kam wohl auf Druck des grünen Regierungspartners zustande, hatte sich Claude Turmes doch in seiner Zeit als EU-Abgeordneter stets für ein Register ausgesprochen.

Immigrationsgesetz wird überprüft

In die Verantwortlichkeit von Außenminister Jean Asselborn fällt auch die Immigrationspolitik. Die legale Einwanderung müsse kohärent sein und den Bedürfnissen und den Möglichkeiten des Landes gerecht werden, heißt es im Regierungsprogramm ganz allgemein. Konkreter ist die Ankündigung, dass das Immigrationsgesetz aus dem Jahr 2008 auf seine Kohärenz hin überprüft werden soll. Die Anpassungen sollen auch zu einer bürokratischen Entschlackungskur führen, was wiederum vereinfachte und schnellere Prozeduren nach sich ziehen würde.

Davon könnten dann auch die Briten profitieren, die in Luxemburg leben und nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU eigentlich als Drittstaatler gelten. Sie sollen ein spezielles Statut erhalten.

Bei der Asylpolitik orientiert sich die Regierung wie bisher an der Genfer Flüchtlingskonvention. Änderungen am aktuellen Gesetz sind nicht vorgesehen. Lediglich die Passage zum Rekursrecht in Bezug auf das Dublin-III-Abkommen soll angepasst werden. Weitere Details enthält der Koalitionsvertrag nicht.

Personen, die sich illegal in Luxemburg aufhalten, werden wie in der Vergangenheit in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt. Die Rückführung soll aber besser organisiert werden und der persönlichen Situation der Betroffenen Rechnung tragen. Bei der Einschätzung ihrer Lage sollen die Beamten der Immigrationsbehörde von Vertretern der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Rückführungen effizienter werden.

Nachdem immer wieder Kritik laut wurde, sollen im Abschiebezentrum Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, die den spezifischen Bedürfnissen der verschiedenen Personengruppen gerecht werden. In Aussicht gestellt werden beispielsweise spezielle Räumlichkeiten für Frauen, Kinder sollen überhaupt nicht mehr dort untergebracht werden. Deshalb soll das SHUK, die Structure d'hébergement d'urgence, die 2017 provisorisch in den Messehallen in Kirchberg eingerichtet worden war, durch eine neue, ebenfalls halb offene Einrichtung ersetzt werden.

Mehr Flüchtlingsunterkünfte

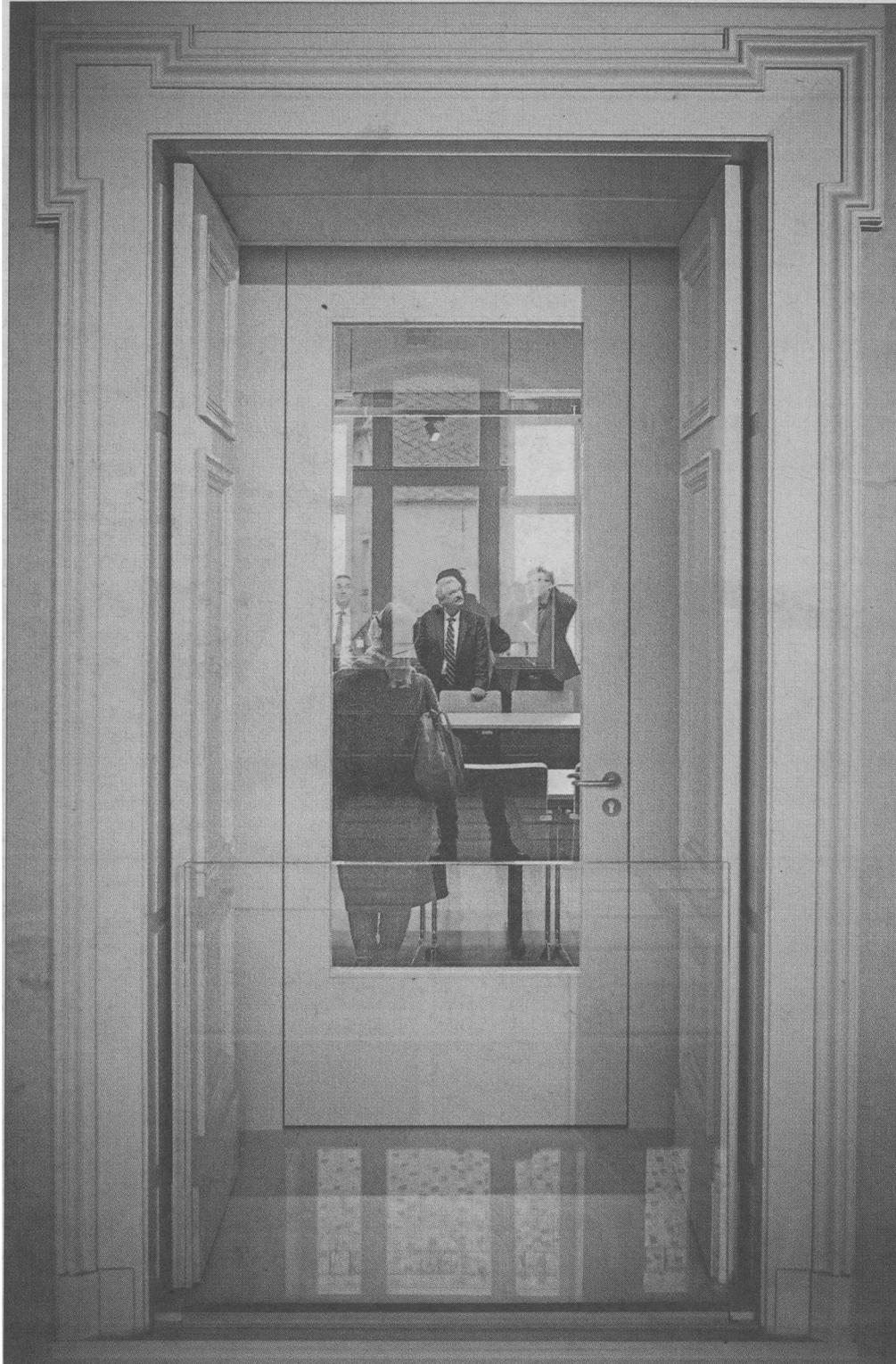
Laut Regierungsprogramm will man sich besser um die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber kümmern. Da die anerkannten Flüchtlinge es schwer haben, auf dem überhitzten Wohnungsmarkt eine eigene Bleibe zu finden, sind viele von ihnen weiterhin in den Flüchtlingsheimen untergebracht. Um für einen möglichen Ansturm von Schutzsuchenden in Zukunft gewappnet zu sein, sollen zusätzliche Strukturen

geschaffen werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Minderjährigen gelegt werden, die allein nach Luxemburg kommen.

Auf der Agenda steht ferner die Reform des Integrationsgesetzes samt der Reglements zu den Qua-

litätskriterien, die allerdings in die Zuständigkeit von Integrationsministerin Corinne Cahen fällt. Die Koalition strebt ganz grundsätzlich eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien an, etwa zwischen dem Migrations- und dem Integrations-

ressort, aber auch mit dem Bildungs- und dem Arbeitsministerium. Sie verspricht sich dadurch eine bessere Integration der anerkannten Flüchtlinge, etwa, indem der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird.



Seit Anfang 2017 befindet sich das Außenministerium im ehemaligen Palais de justice. Wegen der vielen weltweiten Krisen ist die Diplomatie wichtiger denn je. Das Regierungsprogramm gibt Einblicke in die Agenda von Chefdiplomate Jean Asselborn.

(FOTO: PIERRE MATGÉ)

Luxembourg übernimmt Benelux-Präsidentschaft

LUXEMBURG „Das Benelux-Parlament erlaubt es uns, im Kleinen das umzusetzen, was auf der Ebene der Europäischen Union Probleme bereiten würde“, sagte der DP-Abgeordnete Gusty Graas gestern im Rahmen der Außenpolitik-Kommission und der interparlamentarischen Benelux Versammlung. Seit Beginn dieses Jahres übernimmt die Abgeordneten-

kammer die Präsidentschaft des Benelux-Parlamentes. Das Organ trägt zum größten Teil eine beratende Funktion inne. Um die Visibilität zu erhöhen strebt man eine Zusammenarbeit mit dem „Nordischen Rat“ und der „Baltischen Versammlung“ an. Die erste Sitzung wird am 22. und 23. März in der Abgeordnetenkammer Luxemburgs stattfinden. Dies teilt die Abgeordnetenkammer über ihre Internetpräsenz mit. Auch auf der Ebene der Minister übernimmt

Luxembourg die Präsidentschaft. In den Fokus rücken die Themen Energiewende, Digitalisierung und die Binnenmarktstärkung. Der Verbraucherschutz spiele hier eine wichtige Rolle, so ein Vertreter des Außenministeriums. Der beigeordnete Generalsekretär der Benelux, Alain de Muysen, erinnert weiter daran, dass die Benelux dieses Jahr ihren 75. Geburtstag feiert.

SW

„Modellraum für europäische Integration“

Das Saarland übernimmt den Vorsitz der Großregion - Was Ministerpräsident Tobias Hans will

SAARBRÜCKEN/REMERSCHEN

DPA

Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) will sich als Präsident der Großregion dafür einsetzen, die Anwendung der EU-Entsenderichtlinie zu verbessern. Das sagte er gestern der Deutschen Presse-Agentur in Saarbrücken. Das Saarland wird beim Gipfeltreffen der Großregion am kommenden Mittwoch im „Biodiversum“ im luxemburgischen Remerschen den Vorsitz für die kommenden zwei Jahre von Luxemburg übernehmen. Präsidentin des Gipfels war die letzten zwei Jahre Corinne Cahen, die luxemburgische Ministerin für die Großregion.

Das größte Hemmnis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sehe er aktuell darin, Arbeitskräfte nicht so einsetzen zu können, wie es wünschenswert sei. „Gerade der Mittelstand leidet unter unglaublicher Bürokratie, wenn es beispielsweise darum geht, Mitarbeiter nach Frankreich zu schicken“, sagte Hans. Deshalb wolle das Saarland auch als Vorsitzland im Gipfel der Großregion noch einmal vorstellig werden bei den Regierungen in Paris und Berlin.

„Lebensnotwendige“ Offenheit

„Denn für mich ist klar, wir können Europa nur dann gestalten, wenn wir auch absolute Mobilität und Freizügigkeit haben an dieser Stelle“, betonte Tobias Hans. „Das ist für uns lebensnotwendig, und deshalb müssen wir das anpacken.“

In der Großregion SaarLorLux, die ein „Modellraum für europäische Integration“ sei, gebe es mehr als 230.000 Grenzgänger. Der Gipfel setze sich auch für das vorgeschlagene EU-Rechtsinstrument ECBM (European Cross-border Mechanism) ein, das grenzüberschreitende Ko-Administration gemeinsamer Projekte ermöglichen soll. Wünschenswert seien etwa gemeinsame Trägerschaften bei Kinderta-

gesstätten und im Öffentlichen Personennahverkehr. Die Großregion umfasst Rheinland-Pfalz, das Saarland, Luxemburg, das französische Lothringen (die Départements Moselle, Meuse und Meurthe-et-Moselle; auch der Präfekt für die Region „Grand Est“ und deren Präsident werden am Mittwoch auch in Remerschen zugegen sein), die Wallonie und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Als Präsident will Hans die Chancen und Vorteile der Grenzregion erkennbarer und nutzbarer machen, Bürger und vor allem junge Menschen stärker einbeziehen und einen breiten zivilgesellschaftlichen Dialog anstoßen.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken

Dabei will Hans nach eigener Aussage die Großregion „ein bisschen mehr aus dem Verborgenen“ holen. „So wie andere in anderen Regionen Deutschlands selbstverständlich von Wiesbaden nach Mainz fahren, so fahren wir eben nach Frankreich und nach Luxemburg“, sagte er. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl soll künftig auch bei gemeinsamen Sportveranstaltungen, in der Kultur und auch bei der universitären und

beruflichen Ausbildung noch mehr verstärkt werden. Für ihn gehöre deshalb „zur Zukunftsstrategie des Saarlandes vor allem auch die Zukunftsstrategie für eine gesamte Großregion dazu“. ●

Luxembourg

Die Großregion soll zur Marke werden

Der saarländische Ministerpräsident will dem politischen Zusammenschluss mehr Gewicht und Eigenständigkeit verleihen.

VON BERND WIENTJES

REMERSCHEN Eine Möwe und eine Gans, wenn auch ausgestopft, schweben über den Vertretern der Großregion, als sie sich gestern Morgen im Naturzentrum Biodiversum am Stausee im luxemburgischen Remerschen treffen. Beim 16. Gipfel der Großregion spielt trotz der Kulisse das Thema Umweltschutz keine große Rolle. Man habe zwar über erneuerbare Energien geredet, nicht aber über die Atomkraftwerke in der Großregion im belgischen Tihange und im lothringischen Cattenom, sagt Corinne Cahen. Die Politikerin der Liberalen ist luxemburgische Ministerin für die Großregion.

Luxemburg ist das einzige Land innerhalb des politischen Zusammenschlusses mit dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, der Wallonie und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, das für die Großregion einen Ministerposten hat.

Zwei Jahre lang hat das Nachbarland den Vorsitz in der Großregion ausgeübt. Gestern hat das Saarland die Leitung turnusgemäß übernommen. Die Bilanz der luxemburgischen Präsidentschaft fällt positiv aus. Die Ministerin rattert die einzelnen Punkte während der Pressekonzferenz in einem Tempo (auf Französisch) herunter, dass es nicht nur den anwesenden Journalisten, sondern auch der Dolmetscherin schwerfällt, der Rednerin zu folgen. Ziel Luxemburgs sei es gewesen, die Großregion den Bürgern näher zu bringen und sie daran zu beteiligen: „Die Großregion ist Europa im Kleinen“, sagt Ministerin Corinne Cahen.

Im Hinblick auf die Pendler, die täglich vor allem nach Luxemburg zu Arbeit fahren, sei Mobilität das Leucht-

thema der politischen Zusammenarbeit, resümiert die Ministerin weiter. Ziel müsse es sein, dass die Pendler weniger Zeit im Stau verbringen, so Cahen.

Das sieht auch der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans so. Um den Nahverkehr in der Großregion zu verbessern, müsse diese eine eigene Rechtsform erhalten und in der Lage sein, eigene Aufträge zu vergeben. Hans will sich dafür einsetzen, genau das bei der EU zu beantragen. Damit könnten die Mitglieder des politischen Zusammenschlusses Träger eines eigenen, grenzüberschreitenden Verkehrsverbands werden, meint der CDU-Politiker.

Auch eigene Schulen und Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Großregion soll es nach den Vorstellungen des saarländischen Ministerpräsidenten geben. „Die Großregion muss als Marke stärker sichtbar werden.“

Und gleichzeitig will Hans für die Erfolge der Großregion in Brüssel, Berlin und Paris werben, um letztlich auch deutlich zu machen, dass man eigenständig und unabhängig von den Länderregierungen Entscheidungen zwischen Saar, Mosel und Maas treffen will. Das klare Ziel scheint für Hans zu sein, der Großregion, die seit Jahren darunter leidet, dass kaum ein Bürger mit dem Gebilde etwas anfangen kann und die Erfolge kaum messbar sind, mehr Selbstbewusstsein und eine gewichtigere Rolle in Europa zu verleihen. Im Kleinen, also in der Großregion, soll nach den Worten des eloquenten Ministerpräsidenten das entstehen, „was wir uns im Großen für Europa wünschen“.

Ein herausragendes Projekt auf diesem Weg ist für ihn die Uni der Großregion, die Vernetzung der Universitäten in Trier, Luxemburg, Saarbrücken, Kaiserslautern und Metz. Daraus soll eine europäische Universität werden. Die Bewerbung dafür liegt seit Herbst vergangenen Jahres bei der EU-Kommission. Auch das ist für Hans ein Beispiel für die Vorreiterrolle der Großregion. Mit einem grenzüberschreitenden Studium und unterschiedlichen

Uni-Abschlüssen seien die Studierenden „bestens vorbereitet auf den internationalen Arbeitsmarkt“.

Das Erlernen der Sprache des Nachbarn sei wichtig und müsse daher auch auf Schulen und die Berufsausbildung ausgeweitet werden, sagt Hans, der damit an die sogenannte Frankreich-Strategie des Saarlandes erinnert. Auch die rheinland-pfälzische SPD fordert, dass es mehr Französisch-Unterricht in den Schulen geben soll (der TV berichtete).

Doch dass nicht alles rund läuft in der Großregion, daran erinnert der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Oliver Paasch. Als Beispiel nennt er die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Noch immer sei es nicht möglich, dass Bürger ohne weiteres über die Grenze in ein Krankenhaus oder zum Arzt gehen könnten, auch weil es Probleme bei der Abrechnung mit den Krankenkassen gebe. Wenn die Menschen „sehr viel über Europa reden hören“, es aber bei solchen Dingen noch Handlungsbedarf gebe, „dann können sie den eigentlichen Mehrwert von Europa nicht spüren“, sagt Paasch.

EXTRA Zwölf Millionen Bürger in der Großregion

Zu der 1995 ins Leben gerufenen Großregion gehören Rheinland-Pfalz, das Saarland, Luxemburg, Lothringen, die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und die Wallonie. Fast zwölf Millionen Einwohner leben innerhalb dieses Raums, davon knapp eine Million im Saarland, 2,4 Millionen in Lothringen, 563 000 in Luxemburg, rund vier Millionen in Rheinland-Pfalz und 3,6 Millionen in Wallonien.

Rund 230 000 Pendler überqueren in dem Raum täglich Ländergrenzen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Die Großregion ist politisch aus dem Kernraum Saar-Lor-Lux entstanden. Seit dem Jahr 2000 existiert das Städtetz QuattroPole, das die Städte Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier zu einer virtuellen Metropole verbindet.

Großregion in Zahlen

	Bruttoinlandsprodukt pro beschäftigten Bürger	77 400
	Bewohner pro Quadratkilometer	178
	Ausländeranteil an der Bevölkerung (in %)	12
	Allgemeinmediziner pro 100 000 Einwohner	166
	Apotheken pro 100 000 Einwohner	34
	Anzahl der Touristen (x 1000)	16 033
	Durchschnittliche Dauer eines Urlaubsaufenthaltes (in Tagen)	2.3
	Zahl der Autos pro 1000 Einwohner	563

QUELLE: STATEC LUXEMBURG • TV-GRAFIK

Die Großregion soll sichtbarer werden

Das Saarland hat von Luxemburg den Vorsitz in der Großregion übernommen. Es will die Bewohner stärker vom Nutzen überzeugen.

VON BIRGIT REICHERT
UND DANIEL KIRCH

REMERSCHEN (dpa/SZ) Die Großregion, die gerne Saar-Lor-Lux genannt wird, obwohl sie so gar nicht heißt und auch geografisch wesentlich größer ist, soll für die Bewohner sichtbarer werden, den Nutzen stärker herausstellen und zu einem „europäischen Modellraum“ werden. Das hat sich die saarländische Landesregierung vorgenommen, die gestern für die nächsten beiden Jahre die Präsidentschaft der Großregion übernommen hat – zum ersten Mal wieder seit zehn Jahren.

Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) fände es gut, wenn die Region so zusammenwächst wie das Rhein-Main-Gebiet. Nur, dass die Großregion anders als Rhein-Main bislang keinen eingängigen Namen hat, sondern einfach „Großregion“ heißt. Der von Luxemburg favorisierte Name „Großregion Schengen“ war nicht mehrheitsfähig, vor allem in Frankreich. Hans ist mit „La Grande Région“ fürs erste ganz zufrieden.

Ob bei der Universität der Großregion, der beruflichen Ausbildung oder dem Pendeln über Grenzen hinweg: „Europa entsteht in dieser Großregion. Im Kleinen entsteht das, was wir uns im Großen für Europa wünschen und deswegen ist für mich die Großregion ein Inkubator Europas“, sagte Hans nach der Übernahme des Vorsizes im luxemburgischen Remerschen.

Ein Ziel der saarländischen Prä-

sidentschaft sei es, „die Menschen noch mehr mitzunehmen“. So sollten junge Menschen künftig auch bei Fachministerkonferenzen eingebunden werden und die „Marke“ Großregion bei grenzüberschreitenden Projekten deutlicher werden. Auch will Hans in Berlin und Brüssel mit den Erfolgen für die Großregion werben.

Zur internationalen Großregion mit fast zwölf Millionen Einwohnern gehören Rheinland-Pfalz, das Saarland, Luxemburg, Lothringen, die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und die Wallonie. Rund 230 000 Pendler überqueren in dem Raum täglich Ländergrenzen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Keine andere Region in Europa habe so viele Grenzgänger, so Hans.

Trotz aller Fortschritte beim Zusammenwachsen über Grenzen hinweg gebe es noch Handlungsbedarf, beispielsweise beim Nahverkehr oder der Mobilität von Arbeitskräften, sagte der saarländische Regierungschef. Es sei wichtig, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der es ermögliche, gemeinsam Projekte, Kitas, Schulden oder den Nahverkehr zu tragen.

Einen konkreten Vorschlag machte Hans gestern: Mit den Partnern in der Großregion soll geprüft werden, „ob die Schaffung einer Interregionalen Bauausstellung (IBA) auch den Strukturwandel der Großregion mit neuen baulichen und architektonischen

Konzepten gestalten kann“. In den nächsten beiden Jahren sollen nun die Chancen und die Machbarkeit einer gemeinsamen IBA unter dem Motto „Europa leben“ ausgelotet werden.

Im Argen liege auch noch vieles bei der Gesundheitsversorgung, sagte der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Belgiens, Oliver Paasch. Es müsse flächendeckend grenzüberschreitende Zonen geben – ohne administrative Hürden: „Wenn die Menschen über Europa sehr viel reden hören (...), dann aber nicht die Möglichkeit haben, ein Krankenhaus oder einen Facharzt in einem anderen Staat mal zehn Kilometer jenseits der Grenze in Anspruch zu nehmen, ohne dass das kostenneutral funktioniert, dann können sie den eigentlichen Mehrwert von Europa nicht spüren“, sagte Paasch.

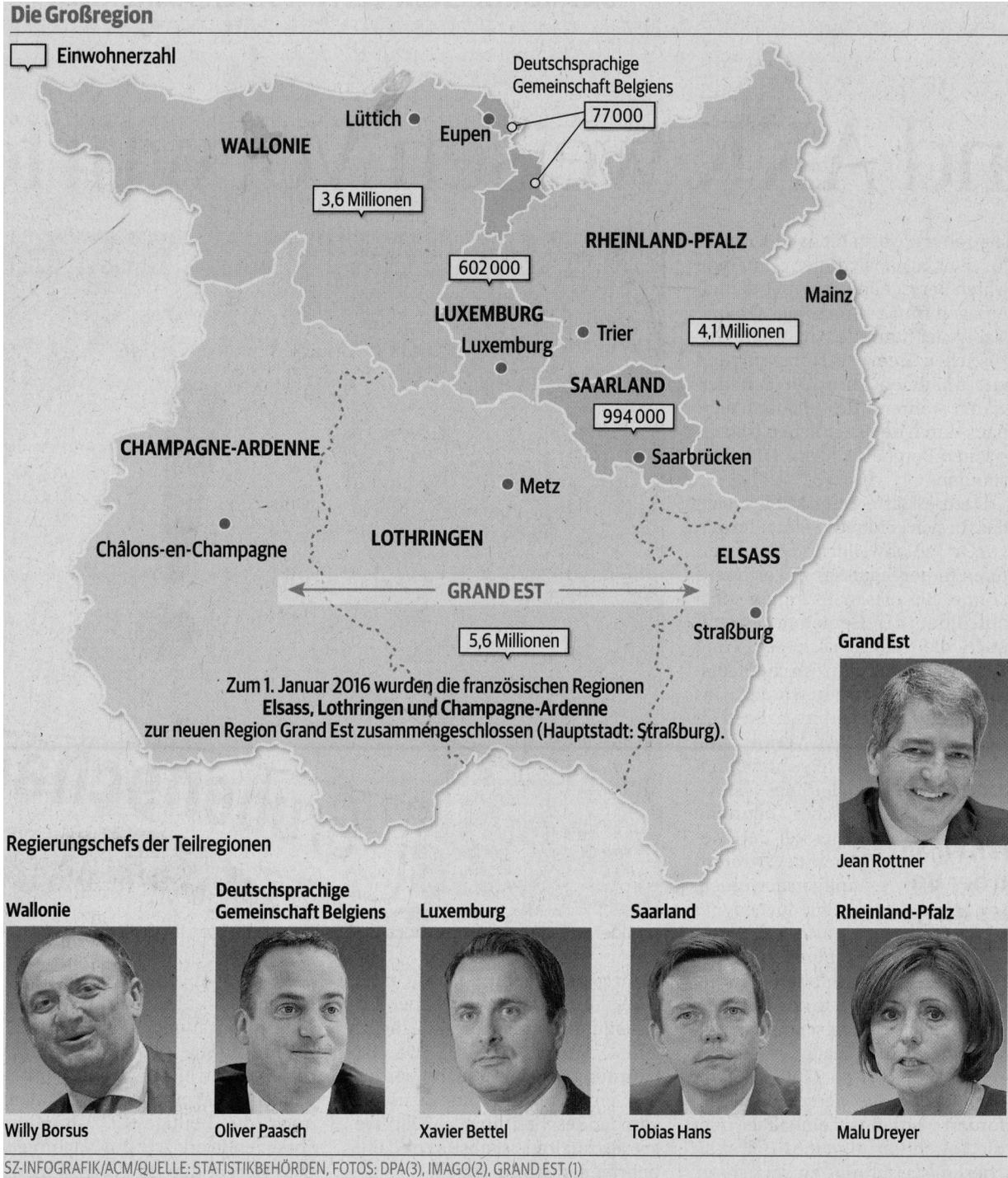
Unter luxemburgischer Präsidentschaft sei die Großregion in vielen Bereichen weitergekommen, sagte die luxemburgische Ministerin für die Großregion, Corinne Cahen. Vor allem die grenzüberschreitende Bürgerbeteiligung sei mit vielen Projekten gefördert worden. Der Gipfel unterstütze die Weiterentwicklung der bereits seit 2008 bestehenden Uni der Großregion zu einer der ersten europäischen Unis. Die Bewerbung bei der Europäischen Kommission sei im vergangenen Herbst eingereicht worden. Die Uni der Großregion bindet derzeit sechs Universitäten in vier Ländern ein.

INFO

Luxemburg wächst, das Saarland schrumpft

Die Großregion entwickelt sich bei der Einwohnerzahl höchst unterschiedlich. Laut einer Bevölkerungsprognose der Statistikbehörden der Großregion wird Luxemburg bis zum Jahr 2050 von heute 602 000 auf 938 000 wachsen. Die Bevölkerung des Saarlandes wird in den nächsten drei Jahrzehnten – Stand heute – hingegen von 994 000 auf 762 000 schrumpfen. Rheinland-Pfalz wird eine halbe Million Einwohner auf 3,6 Millionen verlieren, während für die Wallonie ein Zuwachs von 400 000 Einwohnern auf vier Millionen vorhergesagt wird. In Lothringen soll sich nicht viel ändern.

Luxembourg



Pragmatisch, klug, luxemburgisch

GIPFELTREFFEN Politiker der Großregion wollen eigenen Rechtsrahmen

Pol Schock

Malu Dreyer, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, war schon weg. Tobias Hans, der neue Ministerpräsident des Saarlandes, ließ sich nach wenigen Minuten entschuldigen – er musste zu einem Termin in die deutsche Hauptstadt. Berlin Calling. Und Jean Rottner, Präsident der französischen Region „Grand Est“, sprach lieber über den neuen Vertrag zur deutsch-französischen Freundschaft, der vor wenigen Tagen in Aachen unterzeichnet wurde.

Die Politiker beim 17. Gipfeltreffen der Großregion vermittelten nicht den Eindruck, dass die Großregion von besonderer Priorität sei. Das unterstrich auch die Aussage von Tobias Hans, der für zwei Jahre deren Vorsitz übernimmt, dass es sich um eine „Präsidentschaft der Kontinuität“

handelt. Eine Aufbruchstimmung mit neuen Ideen, Impulsen und Dynamik klingt jedenfalls anders.

Dabei unterstrichen die Politiker der vier Länder sowohl die Vorzüge der grenzübergreifenden Zusammenarbeit als auch die Notwendigkeit, die Großregion im Alltag sichtbar zu machen. Oder, wie es auf neudeutsch heißt, die Großregion besser zu „branden“. Denn mit über 240.000 Grenzgängern, die täglich ihre Binnengrenzen überschreiten, ist die Großregion der Raum mit der größten grenzüberschreitenden Mobilität in der EU. Es sei immer noch ein „Laboratorium Europas“, wie Luxemburgs Ministerin für die Großregion Corinne Cahen betonte.

Die Großregion als Raum und Idee leidet jedoch nicht nur an schwacher PR, sondern auch an

geringen Kompetenzen. Große Projekte müssen den Umweg über die Hauptstädte oder über Brüssel nehmen, bevor sie umgesetzt werden können. Der saarländische Europastaatssekretär Roland Theis sprach von einer „Asymmetrie der Zuständigkeiten“. Die Grenzregion stoße dadurch bei der Zusammenarbeit auf zahlreiche Hürden.

Unter dem Vorsitz des Saarlandes soll deshalb die Idee eines neuen eigenen Rechtsrahmens vorangetrieben werden. Das ist seit 2018 möglich. Die Europäische Kommission hat mit dem ECBM („European Cross-Border Mechanism“) ein entsprechendes Rechtsinstrument erarbeitet.

Theis nennt es eine „sehr pragmatische, sehr kluge, sehr luxemburgische Lösung“. Diesen Worten kann Corinne Cahen nur nickend zustimmen.

Dachmarke Großregion

Das Saarland will grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter stärken

VON CHRISTOPHE LANGENBRINK

Das Saarland übernimmt für zwei Jahre von Luxemburg turnusgemäß den Vorsitz in der Großregion. Saar-Regierungschef Tobias Hans sieht im neuen Amt viel Potenzial, muss aber auch eine Menge Überzeugungsarbeit leisten.

Der Name ist wenig sexy und trotzdem kennt sie mittlerweile jeder. Geliebt wird sie vor allem von Politikern, weil dank ihr europäische Projektgelder in die Region fließen. Menschen in diesem Grenzraum nutzen sie meistens, um auf der anderen Seite einzukaufen. Gemeint ist die Großregion. Sie ist in aller Munde und trotzdem bemühten sich die Minister und Regierungsverantwortlichen aus den Teilregionen gestern beim 16. Gipfel der Großregion in Remerschen immer noch, sie bekannter und bürgernäher zu gestalten. Das war einer der Schwerpunkte der luxemburgischen Präsidentschaft und wird es auch für die nächste Legislatur sein. Aber die Großregion will noch mehr sein: „Im Kleinen entsteht das, was wir uns im Großen für Europa wünschen und deswegen ist für mich die Großregion ein Inkubator Europas“, sagte der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) nach der Übernahme des Vorsitzes.

Das Anliegen des Saarlandes für die kommenden zwei Jahre ist es deshalb, die Großregion und die Zusammenarbeit zu stärken. Für

den noch jungen Tobias Hans (40), der vor bald einem Jahr das Amt des Ministerpräsidenten von Annegret Kramp-Karrenbauer übernommen hat, ist es die erste Gipfelerfahrung in dieser Position. Dementsprechend tatenfreudig zeigt sich der neue Gipfelpräsident, der in der Großregion großes Wachstumspotenzial sieht. Untermuert wird dies durch eine EU-Studie, die der Großregion – wenn sie denn weiter zusammenfindet – bis zu acht Prozent Wachstum bescheinigt. Davon geht zumindest der neue saarländische Gipfelsekretär Martin Niedermeyer aus.

Einer der saarländischen Schwerpunkte sei es deshalb, die Barrieren wie Sprache, Verwaltung und unterschiedliche Rechtssysteme weiter abzubauen. Beim Gipfel setzte man sich daher für das von Luxemburg initiierte EU-Rechtsinstrument ECBM („European cross-border mechanism“) ein, das die grenzüberschreitende Ko-Administration gemeinsamer Projekte ermöglichen soll. Damit sollen beispielsweise Projekte wie gemeinsame Kindertagesstätten ermöglicht werden.

Weiteren Handlungsbedarf sieht der saarländische Regierungschef beim Nahverkehr oder der Mobilität von Arbeitskräften. Es sei wichtig, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der es ermögliche, gemeinsam Projekte, Bildungseinrichtungen oder Nahver-

kehr zu tragen.

Im Argen liegt auch noch vieles bei der Gesundheitsversorgung, sagte der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Oliver Paasch. Es müsse flächendeckend grenzüberschreitende Zonen geben – ohne administrative Hürden: „Wenn die Menschen über Europa sehr viel hören (...), dann aber nicht die Möglichkeit haben, ein Krankenhaus oder einen Facharzt in einem anderen Staat zehn Kilometer jenseits der Grenze in Anspruch zu nehmen, ohne dass das kostenneutral funktioniert, dann können sie den eigentlichen Mehrwert von Europa nicht spüren“, stellt Paasch fest.

Unter luxemburgischer Präsidentschaft sei die Großregion in vielen Bereichen weitergekommen, sagte die Ministerin für die Großregion, Corinne Cahen (DP). Vor allem die grenzüberschreitende Bürgerbeteiligung sei mit vielen Projekten gefördert worden. Der Gipfel, der auch explizit des 2018 verstorbenen Camille Gira wegen seiner Verdienste gedachte, unterstütze die Weiterentwicklung der bereits seit 2008 bestehenden Uni der Großregion zu einer der ersten europäischen Hochschulen. Die Bewerbung bei der Europäischen Kommission sei im vergangenen Herbst eingereicht worden. Die Uni der Großregion bindet derzeit sechs Universitäten in vier Ländern ein.

Wegen des Brexit habe man

auch Sorge, dass europäische Projektgelder wegbrechen, so Tobias Hans. Allein in der letzten Förderperiode von 2014 bis 2020 seien mehr als 140 Millionen Euro in die Region geflossen. Die Fördergelder sollen auch in Zukunft gesichert werden und gegebenenfalls sogar aufgestockt werden, um unter anderen die Weiterentwicklung der Großregion als polyzentrische Metropolregion zu fördern.

Insgesamt will der saarländische Vorsitz mehr Partizipation erlauben und viele Akteure, insbesondere die Jugend in die Entscheidungsprozesse einbinden, um „die Großregion gemeinsam voranzubringen“.

Zahlen und Fakten

- Fünf Regionen, vier Länder, drei Sprachen: 65 401 km² im Herzen Europas: Rheinland-Pfalz, das Saarland, Luxemburg, Lothringen, Moselle, Meuse, Meurthe-et-Moselle, die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und die Wallonie.
- Einwohnerzahl: 11,5 Millionen
- Europäische Fördergelder (Interreg) von 2014 bis 2020 in Höhe von rund 140 Millionen Euro.
- Grenzgänger: mehr als 230 000 (aus 2018)
- Erster Gipfel der Großregion war 1995 in Mondorf.
- Gipfelsekretariat der Großregion: Mit der Gründung eines Sekretariats für den Gipfel soll die institutionelle Kooperation verstärkt und ein Übergang zwischen den verschiedenen Präsidentschaften gewährleistet werden. Es befindet sich im Haus der Großregion in Esch/Alzette.

Conseil de gouvernement - Luxembourg

Auch für den harten Brexit gerüstet

Der Regierungsrat befasst sich mit den Rechten der Briten nach dem 29. März

VON ANNETTE WELSCH

Zum ersten Pressebriefing nach einer Regierungsratssitzung der neuen Regierung bringt Premierminister Xavier Bettel (DP) Außenminister Jean Asselborn (LSAP) mit. Beide erläutern die Vorbereitungen auf den Brexit am kommenden 29. März.

Mit glatt gekämmtem Haar und Drei-Tage-Bart präsentierte sich Premierminister Bettel gestern im neuen Look. Kurz ging er zu nächst darauf ein, dass Luxemburg in diesem Jahr die Benelux-Präsidentschaft innehat. Fünf Prioritäten hat man sich dafür gesetzt: den Kampf gegen den Klimawandel, den Binnenmarkt stärken, die Region auf die Chancen und Gefahren der Digitalisierung einstellen, den Benelux-Vertrag zur Kooperation der Polizeikörpers umsetzen und generell die Zusammenarbeit und Abstimmung vor EU-Gipfeln vertiefen. Der Regierungsrat erhöhte zudem die Akzisen auf das Kilo losen Tabak: Eine EU-Direktive schreibt hier eine Minimalsteuer vor.

Hauptthema waren aber die

Vorbereitungen auf den Brexit, sprich auf die zwei möglichen Szenarien des Brexit. Denn nach der Ablehnung des mit der EU ausgehandelten Auflösungsvertrags durch das britische Parlament in dieser Woche kommt auch ein ungeordneter Brexit immer näher. Bettel betonte mehrmals, dass der Ball nun in London liege und die Briten in der Pflicht seien, endlich zu sagen, wie es weitergeht. „Luxemburgs Priorität ist ein geordneter Austritt Großbritanniens, und ich hoffe, dass der Deal doch noch angenommen wird. In der Zwischenzeit arbeiten wir auf zwei Schienen und bereiten den Deal und den immer wahrscheinlicher werdenden No-Deal vor.“

Es ist Aufgabe des Außenministeriums, die nötigen Gesetzesänderungen zu koordinieren. „In erster Linie geht es um die Bürger – die 6 000 Briten in Luxemburg und die 2 000 Luxemburger, davon 1 200 Studenten in Großbritannien“, sagte Asselborn. Sie riskieren, ab dem 29. März bei einem ungeordneten Brexit von heute auf morgen als Angehörige eines

Drittstaats und damit als illegal im Land angesehen zu werden – mit allen entsprechenden Konsequenzen für das Aufenthalts- und das Arbeitsrecht.

Damit das nicht passiert, segnete der Regierungsrat gestern die geplanten Bestimmungen für die Briten, die in Luxemburg leben, ab: Für den Fall, dass das Brexitabkommen doch noch angenommen wird, sollen sie ein biometrisches Zertifikat für die Zeit ab dem 29. März und bis Ende 2020 erhalten, bis die künftigen Beziehungen geklärt sind, im Falle eines ungeordneten Brexit sollen sie ein Jahr Zeit bekommen, um ihre Situation zu regeln, sich um Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung zu bemühen.

Hoffen auf Gegenseitigkeit

Eine Sonderregelung wird man für Briten schaffen, die im Schulwesen oder auch der Zentralbank tätig sind und dem öffentlichen Dienst angehören. Sie müssten am 1. April entlassen werden, nun sollen sie per Gesetz erlaubt bekommen, weiter zu unterrichten. Weitere Gesetze betreffen die Aner-

kennung von Diplomen, vor allem medizinische und paramedizinische sowie den Finanzsektor. „Wir müssen zum Bankenrecht, zu Investmentfonds, zu Versicherungen und den FinTech-Firmen legitimeren, um die Kunden zu schützen“, sagte Asselborn. Das Finanzministerium arbeite hart daran. Die verschiedenen Gesetzestexte sollen nächste Woche schon ins Parlament kommen, damit das Gesetzgebungsverfahren bis Ende März abgeschlossen ist. Die Regierung sieht aber auch London in der Bringschuld: „Was wir für die Briten tun, soll auch für die Luxemburger in Großbritannien getan werden“, forderte Asselborn.

Es wurden aber auch andere Präventivmaßnahmen getroffen: Die Immigrationsbehörde wurde personell verstärkt beispielsweise, sollte es am 29. März zu einem Ansturm auf Luxemburg kommen. „Die Zollverwaltung, das Gesundheitsministerium und die Immigrationsbehörde sind auf den No-Deal vorbereitet“, sagte Bettel.



Die Zeit läuft: Die Gesetze zur Vorbereitung der Brexit-Szenarien müssen ins Parlament. (FOTO: GILLES KAYSER)

„Bereiten uns auf No-Deal vor“

REGIERUNGSRAT Bettel und Asselborn über Brexit

Xavier Bettel und Jean Asselborn sind gestern gemeinsam vor die Presse getreten, um über den Ministerrat zu informieren.

Und es ging lediglich um ein Thema: den Brexit. Beide Politiker unterstrichen erneut die verfahrenere Situation, in die sich die Briten und damit auch die gesamte Europäische Union gebracht haben. Durch die Ablehnung des Deals im britischen Parlament sieht es aktuell danach aus, als würden die Briten die Europäische Union am 29. März verlassen, ohne Regelung, ohne Abkommen.

Genau auf dieses Szenario bereitet sich die Luxemburger Regierung gerade vor, auch wenn man immer noch darauf hofft, dass es nicht dazu kommt. Um den wirtschaftlichen Schaden in Grenzen zu halten, ist das Finanzministerium dabei, Gesetze auszuarbeiten, die bis spätestens Anfang Februar auf dem Instanzenweg sein sollen.

Zudem stellen sich auch Fragen für die 6.000 Briten, die aktuell in Luxemburg leben. „Wenn man weit geht, sind die Briten nach dem 29. März illegal im Land.“

Deshalb hat die Regierung beschlossen, eine Sonderregelung für diese britischen Bürger auszuarbeiten. Innerhalb eines Jahres können sie eine Aufenthaltserlaubnis beantragen.

Sowohl Asselborn als auch Bettel

betonen, dass ihnen am liebsten ein zweites Referendum wäre. Allerdings seien die Briten nun in der „Bringschuld“ – sie müssten Europa mitteilen, was sie wollen.

ps



Foto: Tageblatt-Archiv/Isabella Finzi

Außenminister Jean Asselborn



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Union Investment: Grundstein für neues Gebäude am Findel gelegt

Kapitalverwaltungsgesellschaft verwaltet in Luxemburg 200 Fonds mit rund 52 Milliarden Euro

Luxemburg. Union Investment zählt mit über 60 Jahren Erfahrung im Fondsgeschäft und einem verwalteten Vermögen von rund 338 Mrd. Euro zu den führenden Fondsgesellschaften in Deutschland. Als Teil der Genossenschaftlichen FinanzGruppe bietet die Fondsgesellschaft Anlagelösungen für Privatkunden und institutionelle Kunden. Am Standort Luxemburg ist der Asset Manager bereits seit über 30 Jahren vertreten. Inzwischen verwaltet Union Investment dort etwa 200 Investmentfonds mit rund 52 Milliarden Euro.

Aufgrund der starken Expansion in den letzten Jahren werden über 350 Beschäftigte in Luxemburg Ende 2020 vom aktuellen Standort in Gasperich in das neue Gebäude „Aerogolf Center II“ umziehen. Neben der Union Investment Luxembourg S.A. betrifft dies auch die Gesellschaften Union Investment Financial Services S.A., einer der größten Fondsdienstleister im Bereich deutscher Asset Manager in Luxemburg und die Attrax S.A., einer der größten Vertriebsplattformen für Investmentfonds in Europa. Aus Sicht der Union bietet der Standort Luxemburg nach wie vor Vorteile, zum Beispiel ist es weiterhin der größte Sitz der europäischen Fondsindustrie mit sehr unternehmensfreundlichen Rahmenbedingungen. Luxemburg hat sich zudem zu einem Ort für den weltweiten grenzüberschreitenden Fondsvertrieb entwickelt. Der erste Grundstein für das neue Gebäude wurde bereits am 21. Januar 2019 im Rahmen einer kleinen Feier gelegt. Dazu geladen hatten Union Investment sowie die luxemburgische Baufirma Félix Giorgetti, die das Aerogolf Center II realisiert und nach Fertigstellung an die Fondsgesellschaft vermietet wird. Im Rahmen der Feierlichkeiten durfte jeder der anwesenden Gäste selbst Hand anlegen und symbolisch einen Stein auf eine etwa ein Meter hohe Mauer vor der Baugrube setzen. C.

„An der Spitze des Fortschrittes“

ARCELORMITTAL Umsatzsteigerung beim luxemburgischen Stahlkocher

Jean-Philippe Schmit

Nach wie vor gibt es eine hohe Stahl-Nachfrage. In den vergangenen 30 Jahren hat sich die weltweite Produktion verdoppelt. Gute Voraussetzungen für das Geschäft des luxemburgischen Stahlmultis ArcelorMittal. Vor Kurzem lud der Konzern zum Neujahrsempfang in das Werk Bissen ein.

Das vergangene Jahr war ein gutes für ArcelorMittal, meinte Michel Wurth, der Präsident des Verwaltungsrates. Das Geschäft mit den Stahlprodukten lief gut. „In den ersten drei Trimestern konnte der Umsatz um 13,7 Prozent gesteigert werden“, gab Wurth bekannt. „Das Bruttoresultat sogar um 32,7 Prozent.“

Es war aber auch ein historisch gutes Jahr, was die Sicherheit in den Werken des Konzerns betrifft. Die Quote fiel auf 0,62 Unfälle pro 1.000 Mitarbeiter. „Es ist also gefährlicher, ein Auto zu fahren, als in einer Fabrik zu arbeiten“, sagte Wurth und meinte, dass die Unfallstatistik bei der deutschen Konkurrenz weitaus weniger gut ausfalle.

Die Unfallstatistik mag zwar gut aussehen, perfekt ist sie jedoch nicht. Im vergangenen Jahr kam es im Werk Belval zu einem tödlichen Unfall, dem ersten seit zehn Jahren. Dennoch sei ArcelorMittal der „Leader in Sachen Sicherheit“, unterstrich Wurth.

Der Konzern beschäftigt in Luxemburg über 4.000 Mitarbeiter. In Europa arbeiten 677.000 Personen im Stahlsektor, ein Viertel davon für ArcelorMittal. Die europäischen Unternehmen stan-

den zwar einer erhöhten Nachfrage gegenüber, konnten aber nicht mehr produzieren. „Seit zwei Jahren wird das Nachfrageplus von Importen bedient“, ergänzte Wurth.

Chinas Stahlindustrie

Verantwortlich sei die „staatliche chinesische Stahlindustrie“, meinte Wurth. Immer noch seien die Überkapazitäten im Reich der Mitte vergleichbar mit der gesamten Produktionskapazität in Europa. Immer noch würde chinesischer Stahl unter dem Marktpreis in Europa verkauft werden.

„China respektiert die Regeln des freien Handels nicht“, sagte der Präsident des Verwaltungsrats. Trump hätte in den USA damit Schluss gemacht, als er Importzölle erhob. Diese Entscheidung führte aber zu einer weiteren Verschlechterung der Situation in Europa, denn die chinesischen Stähle, die nicht mehr nach Amerika geliefert werden, landen teilweise in Europa.

Bei ArcelorMittal hat sich zwar niemand direkt dafür ausgesprochen, dass Europa – so wie Trump – ebenfalls Zölle einführen soll. Dennoch wurde darauf hingewiesen, dass die europäischen Maßnahmen noch nicht zu einer Verteuerung chinesischer Importe geführt hätten.

Die chinesischen Herausforderungen sind nicht die einzigen für Europas Stahlindustrie. Diese leidet auch unter den hohen Anforderungen, was die Umweltbestimmungen und Energiepreise betrifft. Im Gegenzug zu den Sicherheitsbestimmungen stört sich der Stahlmulti an den Regelungen zum CO₂-Ausstoß. Die

Umweltnormen würden dazu führen, dass die Herstellung von Stahl in Europa teurer sei als anderswo.

„Wir sehen ja ein, dass das Klima alle betrifft“, so Wurth. Es sei aber niemandem geholfen, wenn die europäische Industrie unter den Auflagen leidet und sich die Kunden für billigeren, aber schmutzigeren Importstahl entscheiden.

Schienen aus Rodange

„Was die Umweltbestimmungen betrifft, befinden wir uns auf der Höhe der Zeit“, sagte Michel Wurth. In Luxemburg werde ausschließlich das saubere Elektrostahlverfahren genutzt, bei dem aus Schrott wieder neuer Stahl hergestellt wird. Dennoch müsse ArcelorMittal im kommenden Jahr Emissionszertifikate zukaufen. „Anderen Industrien stehen mehr Verschmutzungsrechte zu.“

Das Unternehmen forsche auch an noch sauberer Technik. So habe ArcelorMittal 125 Millionen Euro in Gent investiert, um aus CO₂ mithilfe von Bakterien Ethanol herzustellen. „80 Millionen Liter des Kraftstoffes sollen so ab 2020 pro Jahr entstehen.“

ArcelorMittal befinde sich „an der Spitze des Fortschrittes“, meinte Wurth. Stahl sei eine Lösung für die Klimaherausforderungen, nicht das Problem. Ohne diesen endlos recycelbaren Werkstoff sei die Energie-wende nicht zu schaffen. Dass für den weiteren Ausbau des luxemburgischen Tramnetzes Schienen aus dem ArcelorMittal-Werk in Rodange genutzt werden, ist nur ein Beispiel dafür.

Stahlwerke im Land sind gut aufgestellt

Luxemburg. Vor knapp drei Jahren noch wollte der Stahlkonzern ArcelorMittal sein Drahtwerk in Bissen verkaufen. Gestern nun lud das Unternehmen zum Neujahrsempfang - nach Bissen. Das Drahtwerk dort ist ähnlich wie die anderen Luxemburger Standorte gut aufgestellt - selbst Rodange liefert nun sogar Schienen an

Luxtram. Im Abschnitt zwischen Place de l'Etoile und Hauptstadtbahnhof werden auch Stahlspuren „made in Luxembourg“ verlegt. Derweil wird für das Werk Düdelingen mit einer Verkaufsgenehmigung aus Brüssel gerechnet, damit ArcelorMittal das Stahlwerk Ilva in Italien übernehmen kann. Für dessen Zukunft wie die der verbleibenden ArcelorMittal-Werke im Land herrscht Optimismus vor. *MeM*

Tramschienen doch aus Luxemburg

Dass ArcelorMittal zum Neujahrsempfang ausgerechnet nach Bissen lädt, hat fast etwas Symbolhaftes

VON MARCO MENG

Bis vor Kurzem waren es noch sechs: Ein Werk in Luxemburg hat ArcelorMittal inzwischen verkauft. Die anderen wurden modernisiert und laufen rund.

Das ArcelorMittal-Werk in Rodange produziert bekanntermaßen Schienen und baute damit unter anderem an der Straßenbahn von Tunis oder der von Kaohsiung in Taiwan mit. Dass es auch welche für die Luxtram lieferte, war bislang nicht bekannt. Ursprünglich waren die Stahlspuren der Tram von British Steel (ehemals Tata Steel) geliefert worden, doch für den Abschnitt zwischen Place de l'Etoile und Hauptstadtbahnhof musste Rodange einspringen, sodass dort auch Schienen „made in Luxembourg“ verlegt werden.

Das wurde gestern anlässlich des Neujahrsempfangs von ArcelorMittal Luxembourg bekannt. Nun warte man für weitere künftige Tram-Strecken auf die Ausschreibung, wie Roland Bastian, Chef der Arcelor-Mittal-Werke im Großherzogtum, gestern sagte.

Traditionell informierte das Stahlunternehmen beim Neujahrsempfang über die Aktivitäten und Perspektiven seiner Standorte in Luxemburg. Ort der Veranstaltung war diesmal das Drahtwerk in Bissen. 2016 hatte der Konzern diese Fabrik noch verkaufen wollen. ArcelorMittal wollte damals Bissen nicht loswerden, weil etwa das Geschäft mit Drähten nicht profitabel wäre, sondern weil es nicht in die Gesamtstrategie des Konzerns passte. Nun zählt die Fabrik in Bissen bald 390 Mitarbeiter, von denen dann 40 bis März neu hinzugekommen sind.

Warten auf EU-Genehmigung zum Verkauf von Düdelingen

Angesprochen auf das Werk Düdelingen, das der Konzern an Liberty House verkauft hat – eine Genehmigung durch die EU-Kommission steht noch aus –, erklärt Länderchef Bastian, dass das keine Initiative des Konzerns gewesen sei, sondern von der EU-Kommission verlangt wurde. Mit Liberty House habe man aber einen Käufer gefunden, der das Werk fortführen werde. Weil ArcelorMittal Ilva in Italien übernehmen

will, musste sich der Stahlhersteller von anderen Werken trennen, darunter Düdelingen. Eine Entscheidung Brüssels wird bis Ende März erwartet.

Investitionen sollen sich bezahlt machen

Bastian betont, dass 2019 für die fünf Luxemburger Werke ein Jahr der Umsetzung sein werde. In den letzten beiden Jahren investierte der Konzern signifikant in seine Luxemburger Fabriken, unter anderem fast 40 Millionen Euro in Differdingen. Diese Investments müssen sich nun auszahlen.

In Luxemburg zählt ArcelorMittal mehr als 4 000 Mitarbeiter, die letztes Jahr 2,2 Millionen Tonnen Stahl herstellten. Den Beitrag, den der Stahlkonzern zur lokalen Wirtschaft leiste, beziffert ArcelorMittal auf knapp 489 Millionen Euro.

Besonders stolz ist Bastian darauf, dass es gelang, die Zahl der Arbeitsunfälle drastisch zu senken. Gab es 2007 noch 48 Arbeitsunfälle, also rund einen pro Woche, hat sich die Sicherheit erheblich verbessert auf zuletzt drei Unfälle im Jahr. Im vergangenen Jahr verlief allerdings einer besonders tragisch, und ein Arbeiter verstarb.

Die großen Sorgen der europäischen Branche

Was dem Konzern und der gesamten europäischen Branche nach wie vor Sorge bereitet, so Michel Wurth, Präsident des Verwaltungsrats von ArcelorMittal Luxembourg, sind die weltweiten Überkapazitäten an Stahl, und die Tatsache, dass die USA ihren Markt durch Zölle abschotten. Das trifft zum einen den europäischen Stahllexport – etwa zehn Prozent des in Luxemburg produzierten Stahls wird bislang in den Vereinigten Staaten abgesetzt – zum anderen strömt Stahl aus China, der nicht mehr in die USA importiert wird, auf den europäischen Markt. Das zweite, was die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie angreift, sind die hohen europäischen Umweltstandards und das Regime der CO₂-Zertifikate. Die Standards seien gut, so Wurth, es müsse aber ein global einheitliches „level playing field“

geschaffen werden.

„Die CO₂-Zertifikate verursachen für die europäischen Betriebe hohe Kosten“, begründet Wurth, wobei die Stahlbranche ganz besonders betroffen sei, weil in der Stahlbranche die frei zugeteilten Emissions-Zertifikate schneller auslaufen, also weniger werden, als in anderen Branchen wie Chemie- oder Zementindustrie. ArcelorMittal-Landeschef Bastian verweist in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Projekte, die der Stahlhersteller gestartet hat, um in seinen Werken die Emissionen zu mindern, unter anderem durch Umwandlung in Bioethanol. „Wir in Luxemburg sind an der Wurzel dieser Entwicklung“, so Bastian.

Ein weiteres großes Projekt ist aktuell die neue Konzernzentrale. Mit der Stadt Luxemburg und dem Fonds Kirchberg wird derzeit die Fassade des künftigen Gebäudes diskutiert, das dort 2021 entstehen und sich harmonisch ins Stadtbild einfügen soll.

Klimasteuer auf Stahlimporte

Aditya Mittal, Finanzvorstand von ArcelorMittal und dessen Europachef, fordert eine Klimasteuer auf Stahlimporte in die EU. Der DP-Abgeordnete Gusty Graas wollte von Umweltministerin Carole Dieschbourg und Wirtschaftsminister Etienne Schneider deren Haltung dazu wissen. Damit sich die EU-Klimaschutzpolitik nicht nachteilig auf EU-Unternehmen auswirke, könnten sie Subventionen erhalten, um die Kosten für den Zertifikatehandel teilweise auszugleichen, erklärt Umweltministerin Dieschbourg. Eine Steuer gegen Stahlimporte aus Ländern, die weniger strenge Umweltnormen anwenden, könnte den Wettbewerb fairer machen. „Die Regierung unterstützt das Konzept einer Umweltsteuer an den Grenzen“, so Dieschbourg. Wirtschaftsminister Schneider habe einen solchen Vorschlag im EU-Wettbewerbsrat eingebracht.

„Hohe Umweltstandards müssen überall gleich sein.“

Michel Wurth

Kunden lassen mehr als eine Milliarde Euro in Trierer Geschäften

Die Stadt verzeichnet seit Jahren stets Spitzenpositionen bei der Attraktivität des Einzelhandels. Doch die Konkurrenz in Luxemburg baut ihre Kapazitäten aus.

VON CHRISTIANE WOLFF

TRIER 1,2 Milliarden Euro – so viel Geld geben Kunden Jahr für Jahr im Trierer Einzelhandel aus, für Lebensmittel, Waschpulver, Handtücher, Töpfe und Kleider etwa. Das Oberzentrum ist laut einer Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung das stärkste Einzelhandelszentrum Deutschlands: Den Supermärkten, Boutiquen, Schuhläden und anderen Geschäften gelinge es nicht nur, das Geld, das den Trierern für Einkäufe zur Verfügung steht, zu binden, sondern ziehe auch viele Konsumenten aus dem Umland an. Das Maß dafür ist die Einzelhandelszentralität: Liegt diese bei 100 Punkten, fließt genau die Geldmenge aller Menschen im Einzugsgebiet einer Kommune in deren Einzelhandel. Alle Werte über 100 zeigen, dass auch Kunden von außerhalb angelockt werden.

Trier verzeichnete auch in der Vergangenheit Spitzenpositionen bei der Einzelhandelszentralität. Doch der Wert sinkt: Nach Berechnungen des städtischen Amtes für Statistik erreichte Trier 2006 noch 232 Punkte. Mittlerweile sind es noch 188 –

ein Rückgang von knapp 20 Prozent. „Eine Zentralitätsrate von etwa 190 ist immer noch ein sehr guter Wert“, sagt Christian Muschwitz. Der promovierte Raum- und Stadtplaner ist Geschäftsführer des Trierer Raumplanungsinstituts Raumkom. Auch die vielen Touristen trügen zu der guten Rate bei. „Ein sehr großer Zufluss kommt außerdem aus Luxemburg“, sagt Muschwitz.

Trier könnte als Einkaufsstadt weiter an Attraktivität verlieren: Alleine im luxemburgischen Gaspeirich – etwa 45 Kilometer von Trier entfernt – entsteht derzeit ein Shopping-Center mit 130 Geschäften und einem Auchan-Supermarkt mit einer Verkaufsfläche von 12 500 Quadratmetern.

„Die Luxemburger werden versuchen, dass ihre Kunden ihr Geld statt in Trier in den eigenen Geschäften ausgeben – ein durchaus berechtigtes Interesse“, sagt Muschwitz. Die Geldmenge, die in den Trierer Einzelhandel fließt, würde damit weiter sinken.

Die Stadtverwaltung will dage-

gen steuern: War bislang der Bau von großflächigem Einzelhandel auf der grünen Wiese politisch nicht gewünscht, sieht der Entwurf des neuen Einzelhandelskonzepts dafür explizit Möglichkeiten vor – zum Beispiel entlang der Eurenere Straße Richtung Luxemburg. Dort will sich das Handelsunternehmen Globus niederlassen (der TV berichtete). Will Trier seine Poleposition als Einkaufsstadt behalten, müssten sich laut Stadtverwaltung auch Läden mit Sortimenten ansiedeln, die bislang im Oberzentrum unterrepräsentiert sind – zum Beispiel mit Sportartikeln und teuren Luxus-Marken.

Raumplaner Muschwitz meint: „Der Grund für Kunden aus Luxemburg nach Trier zu kommen, sind nicht die großen Geschäfte auf der grünen Wiese mit auswechselbarem Charakter, sondern der besondere Charme der Innenstadt mit ihren individuellen Angeboten. Um Trier als Einkaufsstadt zu stärken, sollte daher alles unternommen werden, die City attraktiv zu halten.“

EXTRA Handel im Wandel

Die deutschen Innenstädte leiden zunehmend an Besucherschwund. Das zeigt eine Untersuchung des Marktforschungsinstituts Shoppertrak: In zehn von zwölf Monaten habe die Zahl der Kunden in den Citys unter den Werten des Vorjah-

res gelegen. Bei der Bewertung der Attraktivität der Innenstädte durch die Kunden kommt Trier vergleichsweise gut weg: Das Kölner Institut für Handelsforschung IFH kürte kürzlich Trier zusammen mit Erfurt, Stralsund und Wismar zu den vier attraktivsten Städten in der Größe bis 500 000 Einwohner.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Die Krux mit der Körperschaftssteuer

Streit um „Gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage“ spaltet EU

VON PIERRE LEYERS

Die Harmonisierung der Körperschaftssteuer in der Europäischen Union ist ein immer wiederkehrendes Thema, das nicht richtig vom Fleck kommt. Doch Deutschland und Frankreich machen weiter Druck. Für Luxemburg steht viel auf dem Spiel.

Seit Jahren schon hat sich die EU den Kampf gegen Steuerflucht und -Vermeidung, gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität auf die Fahnen geschrieben. 2013 präsentierte die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ihren Plan zum Kampf gegen „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS), was auf Deutsch etwa Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung bedeutet. Der Plan hat zum Ziel, gegen den schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne vorzugehen. Fünf Jahre später ist BEPS auch in Luxemburg angekommen. Beim ersten Gesetz der neuen Legislaturperiode, das am 18. Dezember 2018 am „Krautmarkt“ ratifiziert wurde, handelte es um die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Steuervermeidungspraktiken (ATAD), die wiederum eine Umsetzung des BEPS-Plans darstellt.

Nachdem mehrere BEPS-Aktionen umgesetzt sind, dürften sich in diesem Jahr die Diskussion im Rat der EU-Finanzminister wieder um eine Harmonisierung der Körperschaftssteuer drehen.

Schon 2016 hatte die EU-Kommission einen überarbeiteten Richtlinienentwurf vorgelegt. Im Sommer 2018 veröffentlichten Deutschland und Frankreich ein Positionspapier dazu. Der Vorstoß der EU-Kommission, die Einstimmigkeit in der Steuerpolitik abzuschaffen, zielt darauf ab, in den dornigen Dossiers der Besteuerung von Internetriesen und bei der Harmonisierung der Körperschaftssteuer voranzukommen.

Eigentlich handelt es sich, was die Körperschaftssteuer angeht, um zwei Richtlinienvorschläge, nämlich die „Richtlinie über eine Gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage“ („GKB“)

und die „Richtlinie über eine Gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage“ („GKKB“). Für die Luxemburger Steuerpolitik ist letztere, die auf Englisch „Common Consolidated Corporate Tax Base“ („CCCTB“) genannt wird, von zentraler Bedeutung.

Luxemburg, die Niederlande und Irland als klare Verlierer

Bei dem CCCTB-Regime handelt es sich um ein harmonisiertes System zur Ertragsbesteuerung von multinationalen Unternehmen in der EU. Anstelle der derzeitigen, höchst unterschiedlichen Besteuerungsregime, bietet die CCCTB ein zentrales Regelwerk für die Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage. Mit Hilfe einer Formel soll dann der ermittelte Gesamtgewinn den einzelnen Ländern, in denen die Konzerne tätig sind, zugeordnet. Betroffen von der neuen Regelung wären alle Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen Euro.

Für die Unternehmen würde die Schaffung eines einheitlichen Steuerregimes eine wesentliche Vereinfachung darstellen. Der Verwaltungsaufwand würde sinken, weil sie nur noch ein zentrales Besteuerungsregime beachten müssten. Für die betroffenen EU-Länder stellen sich allerdings noch zahlreiche offene Fragen.

Im Prinzip läuft die CCCTB darauf hinaus, dass die Besteuerung nicht mehr im Land erfolgt, in dem ein Unternehmen seinen Sitz hat, sondern dort, wo sich seine Kunden befinden. Luxemburg hat zwar viele Firmensitze, aber gemessen am Rest der EU nur wenige Einwohner und somit auch wenige Kunden.

Große Länder wie Deutschland (80 Millionen Einwohner) und Frankreich (60 Millionen Einwohner) hätten, je nachdem, wie die Endfassung der Richtlinie über die konsolidierte Körperschaftssteuer aussehen wird, deutliche Vorteile gegenüber kleinen Ländern wie Luxemburg oder Irland.

Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland als Gewinner

Deutschland würde zu den klaren

Gewinnern bei der Einführung der CCCTB zählen, wie wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in einer Studie errechnet hat. Dem deutschen Fiskus würde die europaweite Vereinheitlichung der Regeln, nach denen Unternehmen ihren zu versteuernden Gewinn berechnen, jährliche Mehreinnahmen von rund elf Milliarden Euro bringen.

Leiden würden unter so einem Steuersystem laut der Studie vor allem Luxemburg, die Niederlande und Irland. Luxemburg würde laut den Berechnungen 97 Prozent seiner Unternehmenssteuer-Einnahmen verlieren, Irland 86 Prozent, und die Niederlande 50 Prozent. Zu den deutlichen Gewinnern gehören Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland.

Auch Malta sorgt sich um die Steuerpläne der EU. Eine Studie der britischen Nicht-Regierungsorganisation Tax Justice Network hat ergeben, dass der kleine Inselstaat durch die Einführung einer CCCTB etwa die Hälfte seiner Einbußen an Körperschaftsteuern einbüßen würde. Das wäre noch ein verhältnismäßig geringer Anteil, denn nach der Studie des IW würde Malta 90 Prozent einbüßen.

Doch auch die großen Länder würden zu den Verlierern zählen. Nämlich dann, wenn so ein System beispielsweise in der G-20, der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, eingeführt würde.

Exportländer wie Deutschland müssten dann einen Teil ihrer Steuereinnahmen an die Staaten abgeben, in denen ihre Produkte gekauft werden. Das IW hat errechnet, dass beispielsweise Deutschland so jährlich rund 24 Milliarden Euro an Unternehmenssteuern verlieren würde.

Es zeigt sich also, dass die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage an sich für die Unternehmen eine gute Idee ist, in der steuerlichen Praxis der EU-Mitgliedsländer aber noch auf erheblichen Widerstand stoßen dürfte.

EXCLUSIVE

US bank Northern Trust plots major office move to Leudelange

Chicago-headquartered group will combine two existing offices in Altitude development south-west of Luxembourg City

HANNAH BRENTON

US bank Northern Trust has agreed to take a substantial new office to the south of Luxembourg city, amid plans to move its European headquarters to the Grand Duchy.

The *Luxembourg Times* can reveal the Chicago-headquartered banking group will combine its two existing offices in Luxembourg into a single location in the Altitude development in Leudelange.

The move comes after Northern Trust acquired UBS' fund administration arm (<https://luxtimes.lu/archives/141-northern-trust-acquires-ubs-units-in-luxembourg-switzerland>) in the Grand Duchy in 2017 – almost doubling its headcount to around 300 employees.

As part of its preparations for Britain's departure from the European Union, Northern Trust also decided to re-domicile its EU bank (<https://luxtimes.lu/archives/1603-northern-trust-chooses-luxembourg-over-ireland-to-set-up-eu-bank>) from London to Luxembourg.

A spokeswoman for the bank confirmed the move to Leudelange would take place next year.

"Luxembourg is at the centre of Northern Trust's European growth strategy," she said. "We continue to invest in growing our Luxembourg business, which will be the location of our EU bank in 2019.

"In order to ensure maximum efficiencies, Northern Trust will combine its two Luxembourg offices into one location in 2020 in Leudelange."

Southern bound

The decision to take space in Leudelange is a significant move to the commune, located just outside of the city's limits, by a major player in financial services.

It is also an indication of the lack of high-quality large offices currently available in the city amid a supply crunch – although there are signs the development pipeline is beginning to pick up (<https://luxtimes.lu/luxembourg/34868-luxembourg-s-office-development-pipeline-surges-to-record-high>).

Italian bank Intesa SanPaolo also chose to head south to the Cloche D'Or area, agreeing a deal in September to secure space in a sleek new office (<https://luxtimes.lu/luxembourg/34879-intesa-sanpaolo-agrees-deal-for-towering-cloche-d-or-headquarters>).

Northern Trust's move to Leudelange will combine its existing office, located near Findel Airport, with the former UBS office, currently in Kirchberg.

The *Luxembourg Times* understands Northern Trust will take around 6,000 square metres in the five-storey Lhassa building in the Altitude scheme, which is being developed by Codic and Tralux.

The US financial services giant, which first opened an office in Luxembourg in 2004, will join local insurance companies Foyer and LaLux in the Leudelange commune.

Agents CBRE, which advised Northern Trust, and JLL, which advised Codic and Tralux, both declined to comment.

Codic and Tralux could not immediately be reached for comment, but in its latest results in December Codic said a lease had been signed for 85% of the space in the second Altitude building, without disclosing the tenant.

Zukunft ohne Bargeld

Alipay baut in Luxemburg einen Hub für das künftige Geschäft in der Europäischen Union auf

VON PIERRE LEYERS

Von Luxemburg aus will Alipay den europäischen Markt aufmischen. Der Bezahlendienst steht wegen seiner Mithilfe beim Aufbau des chinesischen Social-Control-System in der Kritik.

Auf Werbetour in China und Japan, twitterte Finanzminister Pierre Gramegna am Montag dieser Woche von Hongkong aus eine Erfolgsmeldung: Alipay, Teil des chinesischen E-Commerce-Konzerns Alibaba, hat in Luxemburg eine Lizenz als E-Geldinstitut erhalten. Die Wahl des Großherzogtums als EU-Hub von Alipay werde „erheblich zur Stärkung der Beziehung zwischen Europa und China beitragen“, schreibt Gramegna. Gut Ding will Weile haben, könnte er hinzufügen, denn die bevorstehende Ankunft von Alipay hatte er schon auf einer Asienmission im Frühsommer 2014 verkündet.

Was genau Alipay mit der Luxemburger Lizenz vor hat, darüber schießen die Spekulationen ins Kraut. Das bargeldlose Zahlen mit der Alipay-App ist derzeit schon in 20 europäischen Ländern möglich, allerdings nur für Nutzer mit einem Konto in China und einem chinesischen Pass. Alipay erspart chinesischen Touristen den Währungswechsel und bietet ihnen weitaus bessere Wechselkurse als Mastercard und Visa in RMB (chinesische Währung Renminbi) an.

Alipay besitzt derzeit schon eine britische Lizenz. Da der EU-Pass nach dem Brexit verloren geht, kommt Luxemburg als EU-Hub eine wichtige Stellung zu. Sollte sich Alipay entschließen, nicht nur chinesischen Touristen bequeme Bezahldienste zu bieten, sondern auch europäischen Verbrauchern seine Funktionen zur Verfügung stellen, dann hätte Pierre Gramegna von

Hongkong aus eine mögliche Revolution im europäischen Zahlungsverkehrsmarkt angekündigt. Möglich wird diese Entwicklung durch die EU-Zahlungsdienstrichtlinie PSD2, die es Finanzfirmen erlaubt, auf Konten anderer Banken zuzugreifen und dort im Auftrag ihrer Kunden Überweisungen auszuführen. Dadurch ändern sich die Machtverhältnisse am Zahlungsmarkt, was wiederum Anbietern mit einer E-Geld-Lizenz wie Alipay, aber auch Amazon und Google, ganz neue Perspektiven bietet.

Alipay ist ein Online-Riese mit etwa einer Milliarde Kunden, wovon 700 Millionen in der Volksrepublik China leben. Schon 2013 hat Alipay das Unternehmen PayPal als weltgrößte mobile Bezahl-Plattform überholt. Auch Paypal hat seinen Europasitz in Luxemburg.

In China hat der Siegeszug von Alipay dazu geführt, dass immer mehr Kunden statt zur Geldbörse zu ihrem Smartphone greifen. In den großen Städten des Reichs der Mitte zahlt fast niemand mehr mit Bargeld. 2004 ist Alipay in Hangzhou als Tochterunternehmen der Alibaba Group und dessen Gründer Jack Ma gestartet. Alibaba gilt heute als chinesisches Amazon.

Im Laufe der Jahre hat sich das Unternehmen zu einer art mobilen Lifestyle-Plattform gewandelt, die aus dem Leben vieler Chinesen nicht mehr wegzudenken ist.

Bezahlen ist dabei zu einer von vielen möglichen Funktionen geworden. Alipay ist abgesehen von seiner Bezahlfunktion genau wie die ebenfalls chinesische Konkurrenzplattform WeChat, eine Art Mischung aus WhatsApp, Facebook, Instagram und mehreren Bestell- und Lieferdiensten.

Während sich Europäer noch ans Bargeld klammern, haben die

neuen Technologien aufgeschlossenen Chinesen schon die Kreditkarte hinter sich gelassen.

Der Erfolg von Alipay hängt eng mit dem chinesischen Staatsverständnis zusammen. Schutz der Privatsphäre gibt es nicht und wird auch nicht verlangt. Digitale Bezahldienste wie Alipay und WeChat besitzen durch die Auswertung ihrer enormen Datensätze umfassende Kenntnisse über das soziale Verhalten ihrer Kunden. Die wiederum nutzt das Regime in Peking zur Überwachung seiner Bürger. Alipay muss sich deshalb in westlichen Ländern den Vorwurf gefallen lassen, Instrument der Unterdrückung eines repressiven Regimes zu sein.

Alipay-Gründer Jack Ma

Alipay ist ein Tochterunternehmen der Alibaba Group, nach eigenen Angaben der größten IT-Firmengruppe Chinas. Die Website Alibaba.com wurde 1999 von Jack Ma und den 17 weiteren Gründern lanciert. Jack Ma arbeitet nach dem Grundsatz „Kunden zuerst, Mitarbeiter an zweiter Stelle, Aktionäre an dritter Stelle.“ 20 Jahre nach der Gründung seiner Online-Plattform ist Jack Ma mit dem Alibaba-Imperium zum reichsten Chinesen aufgestiegen. In der Volksrepublik wird er als Superstar gefeiert. Mit seinen Handelsplattformen Taobao, Alibaba und T-Mall hat er innerhalb weniger Jahre nicht nur den Einzelhandel umgekrempelt, sondern ein wahres Internetimperium geschaffen. Wegen seines sozialen Engagements wird Ma oft mit Bill Gates verglichen.

Luxemburgs Banken am stabilsten

Frankfurt/Luxemburg. Die Eigenkapitalquoten der von der Europäischen Zentralbank (EZB) beaufsichtigten systemrelevanten Banken im Euroraum sind im dritten Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal leicht von 14,18 Prozent auf 15,40 Prozent gestiegen. Das gab die EZB gestern bekannt. Die Gesamtkapitalquote lag bei 17,83 Prozent, wobei mit 11,75

Prozent Spanien am unteren Ende und mit 25,27 Prozent Luxemburgs Geldhäuser am oberen Ende lagen. Die Quote ausfallgefährdeter Kredite sank im dritten Quartal 2018 weiter auf 4,17 Prozent, laut EZB der niedrigste Stand seit der ersten Veröffentlichung der aufsichtsrechtlichen Bankenstatistik im zweiten Quartal 2015. Die niedrigste Quote fauler Kredite liegt bei 1,04 Prozent in Luxemburg, die höchste bei 43,36 Prozent in Griechenland. *MeM*

«Luxemburger Wort» du 26.01.2019 / page 89

DZ Privatbank: Massive Wertkorrektur

LUXEMBURG Wie die deutsche „Börsen-Zeitung“ gestern berichtete, soll der Unternehmenswert der in Luxemburg ansässigen DZ Privatbank nach der IFRS-Rechnung um 128 Millionen Euro heruntergeschrieben werden. Das entnimmt

die Zeitung einem ihm vorliegenden Schreiben an die Aktionäre des Instituts. Darin werde der Druck auf den Zinsüberschuss durch die anhaltende Niedrigzinsphase, die Belastung des Provisionsergebnisses durch den fortdauernden Wettbewerbsdruck und der Anstieg des Verwaltungsaufwands

aufgrund regulatorisch verursachter Kosten angeführt, woraus sich eine Wertkorrektur von 22,7 Prozent ergebe. DZ Bank und DZ Privatbank wollten sich gegenüber der Zeitung nicht dazu äußern und verwiesen auf die Bilanzpressekonferenz am 5. März. *LJ*

«Lëtzebuurger Journal» du 26.01.2019 / page 30

Luxemburg bleibt erste Wahl

Trotz eines schwierigen Umfelds ist die Luxemburger Investmentfondsindustrie zufrieden mit dem vergangenen Jahr. Insgesamt beläuft sich das Volumen der von Luxemburger Fonds verwalteten Gelder zurzeit auf 4.065 Milliarden Euro. Gute 105 neue Milliarden von Investoren sind 2018

hinzugekommen. Das sind 45 Prozent aller Zuflüsse in europäische Fonds. Das teilt die Investmentfondsvereinigung ALFI in einer Pressemeldung mit. Auch bei den ETFs wurden starke Zuwächse gemessen. Das verwaltete Geldvolumen ist um 56 Prozent gewachsen. Man freue sich, dass Luxemburg so seine führende Position auf dem europäischen Markt behält, wird ALFI-Präsidentin Denise Voss zitiert. *cm*

«tageblatt» du 31.01.2019 / page 12

BCL rechnet mit 3,4 Prozent Wachstum

Luxemburg. Im Jahr 2018 blieb in Luxemburg die konjunkturelle Entwicklung günstig. „Die Solidität des Arbeitsmarktes als Ganzes, das robuste, wenn auch rückläufige Wachstum im Euroraum und das anhaltend hohe Vertrauen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe deuten darauf hin, dass die Aktivitäten in allen Wirtschaftszweigen fortlaufen“, teilte

gestern die Luxemburger Zentralbank (BCL) mit. Die BCL-Prognosen für Dezember 2018 liegen ziemlich nahe an denen für Juni 2018, wurden aber an die jüngsten Entwicklungen im europäischen und internationalen Umfeld angepasst. Diese Prognosen gehen davon aus, dass das reale Wirtschaftswachstum (BIP) Luxemburgs im Jahr 2018 in der Größenordnung von 3,6 Prozent lag. Für die folgenden Jahren wird mit einem Niveau von 3,4 Prozent

Wachstum gerechnet. Was den Staatshaushalt betrifft, so verzeichnete das Großherzogtum 2017 einen Überschuss von 1,4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Nach Prognosen der Luxemburger Zentralbank wird dieser Überschuss voraussichtlich schrittweise auf 1,0 Prozent im Jahr 2020 zurückgehen, bevor er sich 2021 auf 1,2 Prozent erholt. Zur Preissituation meint die BCL, dass die Jahresinflation 2018 bei 1,5 Prozent lag und in den folgen-

den drei Jahren 1,8 Prozent beträgt. „Die Preisdynamik, wie sie sich 2018 manifestiert hat, dürfte sich in den kommenden Monaten weiter verstärken, bevor sie gegen Mitte 2019 nachlässt“, so die BCL in ihrer gestern veröffentlichten Analyse. Auf Basis der Prognosen wird die Auszahlung der nächsten Indexranche im vierten Quartal 2019 erwartet. Die nachfolgende Indexranche wäre für das zweite Quartal 2021 fällig. *MeM*

Weniger faule Kredite

Luxemburg schneidet in EZB-Statistik am besten ab

Börsen-Zeitung, 30.1.2019
 lee Frankfurt – Der Anteil fauler Kredite in den Büchern der großen Banken im Euroraum geht stetig zurück. Die Quote der sogenannten Non Performing Loans (NPL) in den Büchern der von ihr beaufsichtigten Banken sei im dritten Quartal 2018 auf 4,17% gesunken, teilte die Europäische Zentralbank (EZB) am Montag mit. Das sei der niedrigste Stand seit der erstmaligen Veröffentlichung der Datenreihe im Jahr 2015.

Die regionale Verteilung weist große Unterschiede auf. Mit durchschnittlich 1,04% ist der Anteil der faulen Kredite in den Büchern der Luxemburger Geldhäuser am geringsten. Die griechischen Banken verzeichnen mit 43,36% die höchste Quote. Überdurchschnittlich hohe NPL-Quoten weisen auch die von der EZB beaufsichtigten Institute in Zypern, Portugal, Italien, Irland und Slowenien auf.

Auch die Spanne der harten Kernkapitalquote (CET1) wies demnach eine große Spreizung auf. Mit 11,75% am niedrigsten war die durchschnittliche Quote der spanischen Banken. Am stärksten kapitalisiert waren die Luxemburger Insti-

tute mit einer CET1-Quote von 25,27%. Im Gesamtdurchschnitt fiel die Quote mit 14,18% geringfügig höher aus als im Vorquartal.

Profitabilität rückläufig

Im Vergleich zum Vorjahr rückläufig entwickelte sich die Profitabilität der von der EZB beaufsichtigten Institute. So kletterte die Aufwands-

trags-Quote von 62,94% im dritten Quartal 2017 auf 65,10%. Eins zu eins vergleichbar sind die Datensätze allerdings nicht, weil sich die Zahl der von der EZB beaufsichtigten Banken von Jahr zu Jahr ändern kann. So ist die Zahl der von der Notenbank beaufsichtigten Institute seit 2017 von 114 auf jetzt noch 109 gesunken. Die Bilanzsumme der als systemrelevant eingestuft Institute blieb dagegen mit rund 21 223 Mrd. Euro nahezu stabil – im dritten Quartal 2017 hatte sie bei 21 298 Mrd. Euro gelegen.

Gravierende Unterschiede im Euroraum

Anteil notleidender Kredite an Gesamtausleihungen nach Ländern in Prozent



© Börsen-Zeitung

Quelle: EZB



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Ausgebremst

Der Flughafen Saarbrücken wird im März für drei Wochen stillgelegt

VON HANS GIESSEN

Vom 11. bis 30. März wird es am Saarbrücker Flughafen keinen Start und keine Landung geben. Der Flugbetrieb am Saar-Airport in Ensheim wird zeitlich eingestellt. Der Grund: Am Ende der Landebahn wird ein neues Bremsbett eingebaut.

Es handelt sich nur um Baumaßnahmen am hintersten Teil der Landebahn. Die Nachricht ist für Luxemburger sicherlich überraschend, da gerade angekündigt wurde, dass die Start- und Landbahnen des Findel komplett saniert werden. In Luxemburg hieß es, dass der Flugbetrieb dann „zumindest tagsüber reibungslos verlaufen“ soll und es hoffentlich nur zu kleinen Einschränkungen kommen werde.

In Saarbrücken wird dagegen der ganze Flughafen einfach dichtgemacht, obwohl eigentlich die Bahnen kaum betroffen sind. Thomas Schuck, Geschäftsführer des Saarbrücker Flughafens, begründet die Schließung damit, dass man bei der Aufrechterhaltung des Flugbetriebs „bei jedem Start und bei jeder Landung“ die Baustelle hätte „abräumen“ müssen.

Von der Schließung ist auch die Luxair betroffen, die nach der Pleite von AirBerlin alle Flüge ab Saarbrücken in die deutsche Bundeshauptstadt übernommen hat. Dies sind immerhin drei Hin- und Rückflüge am Tag. Außerdem verbindet die Luxair Saarbrücken zweimal täglich mit Hamburg. An Linienflügen gibt es zudem noch den Flug einer anderen Airline nach München, und es gibt ein paar Charterflüge, beispielsweise nach Antalya. Insgesamt liegt der Saar-Airport über weite Teile des Tages still auf seinem Hügel bei Ensheim, östlich der Landeshauptstadt.

Dass das neue Bremsbett eingebaut wird, hat tatsächlich damit zu tun, dass der Saar-Airport gerade auf dem Hügel liegt und daher die Landebahn extrem kurz ist: nur 1 900 Meter, rund halb so lang wie

diejenige des Findel oder des Airports von Zweibrücken, weniger als 30 Kilometer östlich von Ensheim. „Das neue System für Ensheim ist großartig, es gibt zusätzliche Sicherheit“, bestätigen daher Piloten wie Karl-Heinz Remark, der auch von Situationen am kleinen Saar-Airport berichtet, „die gerade so gut gegangen sind“.

Gerade deshalb stand der Saarbrücker Flughafen vor vier Jahren auf der Kippe, als die EU Subventionen an Airports verbot, die weniger als 100 Kilometer auseinanderliegen. Damals ging es um die Alternative des ehemaligen amerikanischen Militärflughafens Zweibrücken oder eben des Saarbrücker Airports, der aus der Zeit stammt, als das Saargebiet von den Franzosen verwaltet wurde. Letztlich hatte sich 2014 die Lobbypolitik der Saarländer durchgesetzt, die als eigenständiges Bundesland auch einen eigenen Flughafen haben wollten. Neue Sicherheitsregelungen gefährden ihn nun wieder – deshalb die Investition in das neue Bremssystem.

Nun werden die Flugzeuge im Notfall abgestoppt, und der Flughafen bewahrt auch in der nächsten Runde eine Chance gegen Zweibrücken, wohin zwar keine Subventionen mehr fließen und wo der Flugbetrieb bis auf ein paar Privatflüge ruht, wo man aber aufgrund der besseren geografischen Bedingungen nur darauf wartet, dass die neuen Vorschriften greifen. Dass Saarbrücken als erster deutscher Verkehrsflughafen das neue Sicherheitssystem erhält, verdeutlicht zwar einerseits, erneut, die geografischen Schwierigkeiten, mit denen man dort zu kämpfen hat, gibt nun aber doch eine weitere Chance im anstehenden Überlebenskampf.

Andererseits: „Das ist eine Provinzposse“, so die saarländische Journalistin Marlene Grund. Dass man es sich leisten könne, den Flughafen für drei Wochen einfach zuzuschließen, zeige, dass die Bewahrung des Saar-Airports möglicherweise doch weniger ökonomischen Notwendigkeiten geschuldet sei als vielmehr eines vom Steuerzahler finanzierten Regionalstolzes.

Neuer Frachtkunde am Flughafen Findel

Luxemburg. LuxairCargo hat einen neuen Kunden. Das gab der Betreiber des Cargocenters am Luxemburger Flughafen gestern bekannt. Die chinesische Uni-top Airlines mit Sitz in Wuhan startete am 13. Januar ihren neuen Liniendienst zwischen ihrem Hub in

Wuhan und dem Großherzogtum. Die Flüge verbinden die Hauptstadt der Provinz Hubei, die sich im Zentrum Chinas befindet, mit den europäischen Märkten, wie mitgeteilt wurde. Zentrale Lage, moderne Infrastruktur sowie der renommierte Service von LuxairCargo seien für Uni-top entscheidendes Argument gewesen, um Luxemburg ins Netzwerk aufzu-

nehmen. LuxairCargo und Uni-top Airlines sind bereits seit vielen Jahren miteinander verbunden. Die Gruppe ist das führende Logistikunternehmen in Zentralchina und hat seinen europäischen Hauptsitz im Luxair Cargo Center. In Wuhan befindet sich Chinas größter Binnenwasserhafen, der auch von Ozeanschiffen angefahren werden kann. *MeM*

4,04 Millionen Passagiere flogen 2018 vom Findel aus

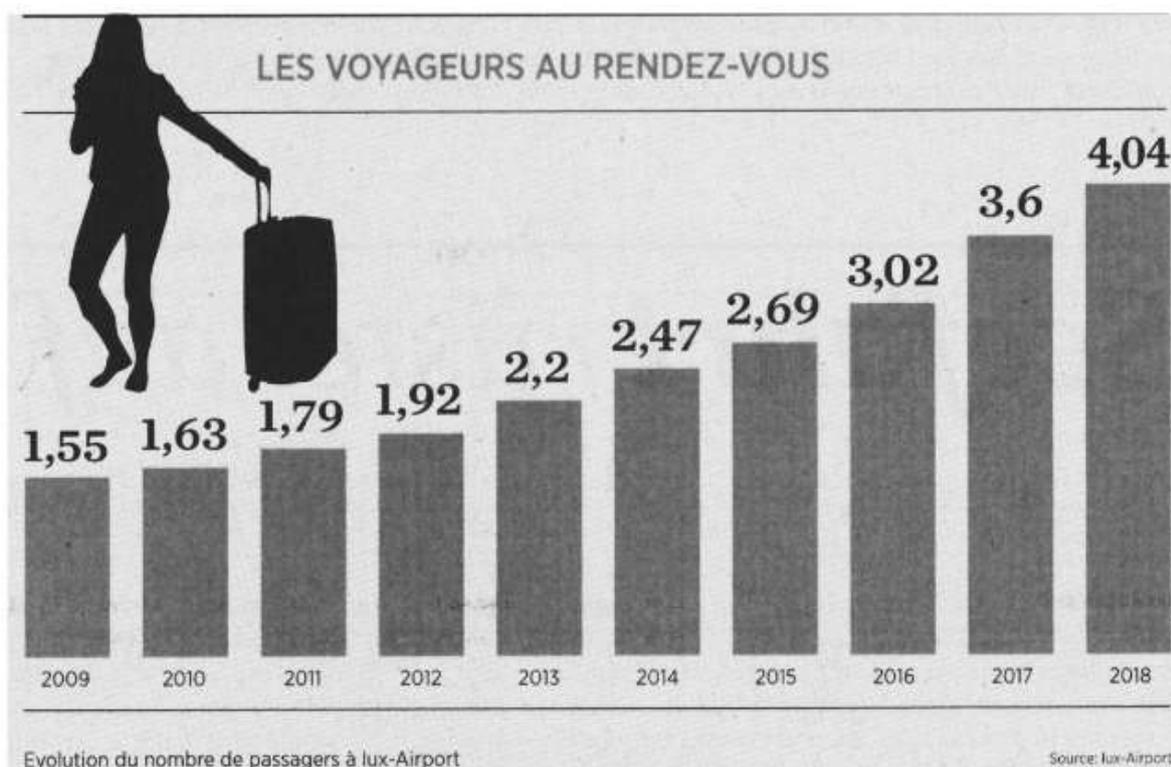
von Guy Jallay

Lux-Airport, die Betreibergesellschaft des internationalen Flughafens Luxemburg, verkündet am Freitag eine Gesamtsumme von 4,4 Millionen Flugpassagieren für das vergangene Jahr. Dies entspricht einer Steigerung von 12 Prozent im Vergleich mit dem Jahr 2017.

Laut Pressemitteilung bleibt der Monat Juli ein Rekordmonat mit insgesamt 397 000 Fluggästen. Der Anstieg der Passagierzahlen ist unter anderem dem Start neuer Routen zuzuschreiben. Hinzu kamen im Jahr 2018 folgende neue Destinationen: Bordeaux/Frankreich, Keflavik/Island, Brac/Kroatien (saisonal), Marrakesch/Marroko, Sevilla/Spanien, Enfidha/Tunesien (saisonal) und Ras Al Khaimah in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

An erster Stelle der angeflogenen Ziele steht laut Lux-Airport Porto, gefolgt von Lissabon, München, Frankfurt und London-City. "Immer mehr Airlines setzen dabei auf die nächste Generation von leiseren und verbrauchsärmeren Flugzeugen", unterstreicht die Betreibergesellschaft. 2018 flogen erstmals Flugzeuge der neuen Generation von Standardrumpfflugzeugen Airbus 320Neo sowie Boeing 737-8 Max den Flughafen Luxemburg an.

Entwicklung der Passagierzahlen am Internationalen Flughafen Luxemburg



Öffentlicher Verkehr ab 2020 in Luxemburg gratis

Mehr soziale als ökologische Begründung

kkf./dpa) · Bahn, Bus und Tram werden vom 1. März 2020 an in Luxemburg für alle Benutzer kostenlos – sofern sie in der Bahn nicht in der ersten Klasse reisen wollen. Dies teilte Verkehrsminister François Bausch am Montag in Luxemburg mit. Sonst werden in Luxemburg bei der Bahn Fahrkarten nur noch verkauft, sofern die Züge in die Nachbarländer fahren. «Wir erwarten eine erhebliche Reduzierung der Preise. Wir befinden uns derzeit in Verhandlungen mit den Bahngesellschaften unserer Nachbarn», sagte Bausch. Luxemburg wird laut Angaben der Regierung das erste Land der Welt mit komplett kostenfreien öffentlichen Verkehrsmitteln werden. Der öffentliche Gratis-Verkehr sei vor allem eine soziale Massnahme, sagte Bausch. «Ich erwarte nicht, dass wegen der Kostenfreiheit viele Autofahrer auf den öffentlichen Verkehr umsteigen werden.»

Ungeachtet der von der Regierung des liberalen Premierministers Xavier Bettel beschlossenen Kostenfreiheit ist aber noch unklar, ob es nicht doch noch einige Lücken im Gratis-System geben wird. Von der Entscheidung der Regierung ist beispielsweise die Verkehrsgesellschaft AVL der Stadt Luxemburg mit etwa 170 Bussen im Einsatz nicht betroffen. «Dies ist eine Frage, die die Gemeinden selbst ent-

scheiden müssen. Ich würde mir wünschen, dass auch sie ihre Busse kostenlos machen», sagte Bausch.

Tallinn als Vorreiter

Schon seit Jahren haben immer wieder Städte und Kommunen weltweit mit Initiativen für einen kostenlosen Nahverkehr experimentiert, oft auch nur auf einzelnen Linien. Die Ergebnisse sind unterschiedlich. Innerhalb von Europa gilt die estnische Hauptstadt Tallinn als Vorreiter. Seit 2013 können dort Personen, die in der Stadt gemeldet sind, Trams, Busse und Bahnen gratis nutzen. Staus haben sich verringert, die Luftqualität hat sich verbessert. Und sogar finanziell hat sich der Schritt auszahlt: Weil sich mehr Personen in der Stadt angemeldet haben, sind die Steuereinnahmen gestiegen.

Andere Initiativen scheiterten. So konnten die Bürger der belgischen Stadt Hasselt fast 16 Jahre lang gratis Bus fahren. Wegen zu hoher Kosten wurde das Angebot 2013 eingestellt. Auch in den britischen Städten Rotherham und Sheffield wurden die «Free Bee»-Busse eingestellt; die Gratis-Busse in Manchester, Bolton und Stockport rollen jedoch noch.

Brüssel ermahnt Deutschland

Im vergangenen Jahr erwog die deutsche Bundesregierung, in fünf Modellstädten einen kostenlosen Nahverkehr einzuführen, nämlich in Bonn, Mannheim, Essen, Reutlingen und Herrenberg. Grund dafür war eine Mahnung aus Brüssel, dass Deutschland mehr für die Verbesserung der Luftqualität tun müsse. Alle Städte lehnten den Vorschlag aber aus Kostengründen ab. Allerdings wagt nun die bayerische Stadt Augsburg einen Versuch: Dort soll ab Ende 2019 die Nutzung von Trams und Bussen in der Innenstadt gratis sein.

Ob sich kostenloser Nahverkehr jedoch tatsächlich positiv auf die Umwelt auswirkt, ist unklar. Soziologen der TU Darmstadt meldeten im vergangenen Jahr Zweifel an diesen Hoffnungen an. Eine Verbesserung der Luftqualität trat nach einer Computersimulation nicht ein. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass kostenloser Nahverkehr als Anreiz nicht stark genug sei, um Autofahrer dazu zu bewegen, ihren Wagen in der Garage stehen zu lassen. Um das Klima zu schützen, empfehlen sie weit drastischere Massnahmen: etwa höhere Benzinpreise oder die Einführung von Tempolimiten.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Neues Förderprogramm für Forscher in der Großregion

LUXEMBURG/MAINZ (sas) Ein neues gemeinsames Förderprogramm soll Forscher in der Großregion ab dem kommenden Jahr unterstützen. Darauf haben sich Vertreter aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, der französischen Region Grand-Est und der Förderregion Wallonien-Brüssel geeinigt. Auf der fünften interministeriellen Konferenz für Hochschulbildung und Forschung der Großregion im luxemburgischen Esch-Belval waren sich die Teilnehmer einig, mit dem neuen Programm die grenzüberschreitende Forschung zu unterstützen und wissenschaftliche Spitzenleistungen anzuschieben. „Die Entscheidung ist das richtige Zeichen,

Wissenschaft und Forschung über Grenzen hinweg zu fördern“, sagte der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Konrad Wolf. Man wolle starke Partner in der Großregion zusammenbringen und so Spitzenforschung ermöglichen. Die erste Ausschreibung ist laut dem Wirtschaftsministerium für das Jahr 2020 geplant. Derzeit werden unter anderem noch die Förderrichtlinien erarbeitet.

Die interministerielle Konferenz hat außerdem den Interregionalen Wissenschaftspreis der Großregion verliehen. Der mit 35 000 Euro dotierte Preis geht an das Magnetismus-Netzwerk der Großregion. Die Forscher der Universität Lothringen, des Saarlan-

des und der Technischen Universität Kaiserslautern arbeiten an der Erforschung magnetischer Phänomene für die Wirtschaft. Dabei geht es um neuartige Methoden, um eine magnetische Datenspeicherung noch schneller zu machen, etwa beim Streaming riesiger Datenmengen Musik und Videos aus dem Internet oder bei Antilockiersystemen im Auto.

Der zweite Preis geht an ein Forschungsprojekt der Universität Luxemburg und der Universität des Saarlandes zur „Früherkennung und Prognose der Parkinson-Krankheit“.

Ein weiteres Konferenzthema war die Bewerbung um das europäische Pilotprojekt „Europäische Universität“, wonach die sechs Universitäten der Großregion – darunter auch Trier – eine stärkere Zusammenarbeit anstreben.

INTERVIEW THOMAS LENZ

„Die Erfindung des Luxemburgisch-Seins ist ohne Schule gar nicht denkbar“

Der Luxemburger Soziologe und Mitverfasser des nationalen Bildungsberichts über die Luxemburger, ihre Schulen und ihre Identität

LUXEMBURG (tgb) Schiefertafeln, reine Jungenschulen und ein Lehrer, der hauptberuflich eigentlich etwas ganz anderes macht. So etwas können sich Schüler heute kaum mehr vorstellen. Das Bildungssystem reflektiert die Entwicklung der Gesellschaft. Doch wie ist Luxemburgs Schulsystem zu dem geworden, was es heute ist? Dieser Frage gehen der Forscher Thomas Lenz von der Uni Luxemburg und seine Kollegen in ihrem neuen Buch „Schule der Nation“ nach. Tageblatt-Redakteurin Jessica Oé sprach mit dem Wissenschaftler über die Luxemburger, ihr Land, ihre Schule und ihre Identität.

Ihr Buch erforscht das Luxemburger Schulsystem. Was kann der Leser erwarten?

THOMAS LENZ Es ist eine Sammlung von ganz unterschiedlichen Forschungsarbeiten von Wissenschaftlern, die an der Universität Luxemburg arbeiten oder gearbeitet haben. Die Texte sind aus zwei Forschungsprojekten hervorgegangen, die sich mit der Geschichte der Schulbildung beschäftigt haben. Wir haben in unserem Buch den Faktor Luxemburg hervorgehoben.

Welche Themen werden angesprochen?

LENZ Es geht von der Säkularisierung des Bildungssystems über den Multilingualismus bis zur Erziehung der Schüler zum „Staatsbürger“. Zwei Aspekte ziehen sich durch alle Texte: der enorme internationale Einfluss, dem das Luxemburger Schulsystem von Anfang an ausgesetzt gewesen ist. Und dass die Schule immer eine große Rolle in der Identität der Luxemburger gespielt hat. Überspitzt formuliert: Die Erfindung des Luxemburgisch-Seins ist ohne die Schule gar nicht denkbar.

Wie macht sich der internationale Einfluss bemerkbar?

LENZ In Luxemburg wurden nie einfach Patentrezepte aus den Nachbarländern übernommen und dem

eigenen System übergestülpt – auch als das Schulwesen noch in den Kinderschuhen steckte. Außerdem gab es entweder aus der Verwaltung oder aus der Lehrerschaft immer wieder eigene Ideen. In Luxemburg wird versucht, die vielen verschiedenen Einflüsse von außen zu etwas Eigenständigem und Eigenem zu verbinden.

Haben Schüler sich schon immer so am Schulsystem gerieben, wie sie es heute tun?

LENZ Wahrscheinlich, ja. Aber die Schülerperspektive spielt historisch kaum eine Rolle. In den Anfangstagen finden sich aber Elternbriefe, in denen sich die Eltern gegen den großen Zugriff der Schule wehren. Der Tenor: Die Kinder sollen auf dem Hof helfen – und nicht zur Schule gehen.

Luxemburg und sein Schulsystem sind heute geprägt von der Mehrsprachigkeit. Wie hat sich diese entwickelt?

LENZ Dabei kann man die Bedeutung der Schule kaum überschätzen. Als der primär französischsprachige Teil Luxemburgs an Belgien abgetreten wurde, war das Großherzogtum de facto ein deutsch-luxemburgischsprachiges Land. Gleichzeitig wurde aber mit dem Schulgesetz die Entscheidung getroffen, dass sich Luxemburg eine zweisprachige Identität gibt.

War die Mehrsprachigkeit früher ein größeres Problem als heute?

LENZ Es war eine extreme Herausforderung. Luxemburg hatte kaum Lehrer, die Französisch unterrichten konnten. Zudem wurden Deutsch und Französisch mit unterschiedlichen Schriften geschrieben. Die Schüler mussten also auch noch zwei Arten zu schreiben lernen. Die Diskussion zieht sich bis heute. Mehrsprachigkeit ist zum einen eine großartige Ressource für Luxemburg, zum anderen aber eine wahnsinnige Herausforderung für das Schulsystem.

Macht das Luxemburg im europäischen Vergleich einzigartig?

LENZ Einzigartig sicherlich dahingehend, dass in Luxemburg von Anfang an der Anspruch bestand, die beiden Sprachen – Deutsch und Französisch – auf Muttersprachenniveau zu unterrichten. Das findet man in keinem anderen Land – weder historisch noch in der Gegenwart.

Was war die Rolle des Luxemburgischen im Laufe der Bildungsgeschichte?

LENZ Das Luxemburgische spielt von Anfang an eine Rolle als Umgangssprache und Unterrichtssprache. Aber es gibt kein Gesetz, das das fest schreibt. Was aber relativ schnell eingeführt wird, ist eine Art Heimatkunde-Unterricht. Dort wird auch die luxemburgische Sprache und vor allem die luxemburgische Literatur unterrichtet.

Wie groß war der Einfluss der Lehrer auf das Bildungssystem?

LENZ In Luxemburg dauerte es länger, bis sich ein eigener Lehrerbefehrsstand herausbildete. Früher wurde viel von der Verwaltung und den Ministerien vorgegeben. Erst als eine kritische Masse an Lehrern vorhanden war, bildete sich über Lehrerzeitungen ein eigenes Selbstbewusstsein des Berufsstands heraus. Allerdings fingen die Lehrer früh und schnell an, sich auch gewerkschaftlich zu organisieren, und wurden damit zu einem entscheidenden Einflussfaktor – auch schulpolitisch.

Das Thema Migration ist prägend für die Luxemburger Geschichte. Auch in Sachen Bildung?

LENZ Unsere Untersuchungen zur Migration enden in den 1970er Jahren. Und da nahm das Thema erst an Fahrt auf. Die Anfangsdiskussionen können wir aber nachvollziehen. Zum Beispiel in der Diskussion über die Gesamtschule. Eine der Ideen hinter dieser war, dass sie die Gleichheit fördert und ausländische Kinder dadurch besser ins Schulsystem

tem integriert werden können. Natürlich gewann die Debatte seitdem rasant an Bedeutung. Wie man Kinder mit Migrationshintergrund ins anspruchsvolle Luxemburger Schulsystem – vor allem in Bezug auf die vielen Sprachen – integriert, ist sicherlich eine der wichtigsten Zukunftsfragen.

Im Bildungsbericht steht, dass die Chancen der Kinder oft von ihrer sozialen Herkunft abhängen. Spielte das auch schon früher im Lu-

xemburger Bildungssystem eine wichtige Rolle?

LENZ Der Befund ist in der Tat nichts Neues. Aber etwas hat sich geändert. Früher konnte man etwas überspitzt sagen: Das Kind, das am meisten Gefahr läuft, schulisch abgehängt zu werden, ist die katholische Bauerntochter vom Land. Jetzt ist es im Prinzip der Arbeitersohn mit Migrationshintergrund aus der Stadt. Da sieht man, welche Veränderungen im Schulsystem passiert sind.

Das Interview mit Bildungsexperte Thomas Lenz führte Jessica Oé, Redakteurin beim Luxemburger Tageblatt.

ZUR PERSON **Experte für Luxemburger Schulgeschichte**

Thomas Lenz ist Soziologe an der Universität Luxemburg. Er gilt als Experte für luxemburgische Bildungsgeschichte und ist Mitverfasser des nationalen Bildungsberichts, der kürzlich veröffentlicht wurde.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Ein Jahrgang wie einst 1921

Nach drei mageren Traubenlesen stimmen wieder Qualität und Quantität aus den Weinbergen an der Mosel

VON ANNE-AYMONE SCHMITZ

Die Weine des Jahrgangs 2018 seien von einer hervorragenden Qualität, so Direktor Roby Ley beim Neujahrsempfang des Weinbauinstituts. Insgesamt sei die Weinproduktion hierzulande in den vergangenen Jahren wesentlich umweltfreundlicher geworden.

Wenn es nach dem Jahreswechsel in den Weinbergen etwas ruhiger zugeht, treffen sich die Akteure aus dem Sektor in Remich beim alljährlichen Neujahrsempfang des Institut viti-vinicole (IVV), um zusammen die Bilanz des vergangenen Weinjahres zu ziehen und einen Blick in die Zukunft zu werfen. Bei der diesjährigen Auflage ging IVV-Direktor Roby Ley am Montagabend unter anderem auf die Entwicklung im luxemburgischen Weinbau ein. Die Weinproduktion sei hierzulande wesentlich umweltfreundlicher geworden, da die Spritzmittelmengen stark reduziert wurden und seit 20 Jahren nur noch Fungizide genutzt werden. Die Weine des Jahrgangs 2018 seien von einer hervorragenden Qualität. Mostgewichte von 100 Grad Öchsle seien bei diesen Weinen keine Seltenheit, so Roby Ley.

Erste Verkostungen von Weinen des Jahrgangs 2018 hätten bereits stattgefunden und diese Weine könnten ohne Weiteres mit denen des Jahrgangs 1921 verglichen werden. Damals hätten die luxemburgischen Winzer wegen der hervorragenden Qualität der hiesigen Weißweintrauben kein Lesegut für die Sektproduktion nach Deutschland geliefert, wie dies ansonsten im Zuge der Zollunion üblich war, sondern mit ihren Trauben selbst Weißwein hergestellt.

Nachdem bei den drei vorangegangenen Weinlesen viel weniger Trauben geerntet worden waren, hätten die Winzer im Herbst letzten Jahres dank höherer Lesegutmengen in ihren Kellereien die Weinvorräte wieder aufstocken können. Und nun müssten die Winzer ihre Weine vermarkten, sagte Roby Ley.

Produktion von AOP-Weinen weiter fördern

Seit dem Jahrgang 2014 werden an der luxemburgischen Mosel Weine nach dem Qualitätskonzept der Appellation d'origine protégée (AOP) hergestellt. Weinbauminister Romain Schneider erinnerte denn auch an die ausgezeichnete Qualität der luxemburgischen Weine. Die Herstellung von AOP-Weinen müsse weiter gefördert und deren Vermarktung vorangetrieben werden.

Mit diesen qualitativ hochwertigen Weinen und dem Centre mosellan, zu dem in nächster Zeit das Weinmuseum in Ehnen um- und ausgebaut wird, könnten Verbraucher und insbesondere Touristen in die Moselregion gelockt werden. In den luxemburgischen Weinbergen würden fast keine Insektizide mehr versprüht und in einer zweiten Phase solle auch ganz auf Pflanzenschutzmittel verzichtet werden, so Romain Schneider. Derweil soll das Weinbauinstitut als Kompetenzzentrum ausgebaut werden und ein neues Laboratorium erhalten.

Süß und frostig

Eisweinlese an der Mosel hat begonnen

Grevenmacher. Pünktlich zum ersten strengen Frost haben vereinzelte Weinbaubetriebe an der Mosel Anfang dieser Woche Eiswein gelesen. Den Anfang machte das Weingut Clos des Rochers, das zur Weinkellerei Bernard-Massard in Grevenmacher gehört. Am frühen Montagmorgen zog eine Mannschaft von acht Helfern aus, um das kostbare Lesegut vom Stock zu schneiden. Gelesen wurden zwei Parzellen, eine im Palmberg in Ahn, die zweite im Wormeldinger Elterberg. „Als wir um 5.30 Uhr anfangen, war es -8 Grad kalt“, sagt Kellermeister Florian Michels. Eigentlich hätte er sich noch mehr Frost gewünscht: „Es war von den Temperaturen her grenzwertig“, sagt Michels. Obwohl es nicht ganz so kalt wie erwünscht war, hatte der gute Tropfen letzten Endes ein Mostgewicht von 145 Grad. Das Weingut erzielte einen Ertrag von 300 Litern Most, davon werden nach Abstich und Filtration etwa 250 Liter Eiswein herauskommen.

In Schengen zogen gestern Lesehelfer des Weinguts Henri Ruppert zur Eisweinlese in die Weinberge.

Der Most aus den bei strengem Frost geernteten Trauben ist besonders süß, weil Eiskristalle das Wasser in der Beere binden und die verbleibende Flüssigkeit viel Zucker enthält. Aufgrund steigender Temperaturen entschließen sich nur noch wenige Weingüter an der Luxemburger Mosel, Eiswein zu produzieren. vb



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Aus der Geschichte lernen

GEORGES SANTER Luxembourg will Flagge zeigen

Claude Wolf

Am ersten Dienstag im März übernimmt Luxemburg den Vorsitz der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA), einer zwischenstaatlichen Vereinigung, die vor genau 20 Jahren in Stockholm, auf Betreiben des damaligen Premierministers Göran Persson, gegründet wurde. Über diesen Jahrestag hinaus warten große Herausforderungen auf die luxemburgische Präsidentschaft. Der künftige Amtsträger, der Diplomat und Historiker Georges Santer, fühlt sich bereit.

Tageblatt: Wir erinnern uns am Sonntag an die Opfer des Holocaust. Ein Gedenktag, der auf Betreiben der IHRA eingeführt wurde. Darüber hinaus ist die Organisation in der breiten Öffentlichkeit jedoch kaum bekannt. Ist das Thema nicht mehr aktuell?

Georges Santer: Im Gegenteil, mehr denn je. Heute spricht man nicht nur mehr von Antisemitismus, sondern auch von Rassismus sowie von der Anfeindung aller Religionen. Die Diskriminierungen sind größer geworden. „Hate Speech“ hat zugenommen, die Hemmschwelle wird immer kleiner. Die aktuelle politische Lage im Nahen Osten macht es auch nicht leichter. Hinter der Kritik an der israelischen Politik versteckt sich mitunter Antisemitismus. Es gibt aber auch Antizionismus und Antiisraelismus. Rund um diese Thematik gibt es unendlich viel Erklärungs- und auch Aufklärungsbedarf.

Ist das alles Aufgabe der IHRA?

Nein, die IHRA widmet sich, wie es ihr Name sagt, den Opfern des Holocaust. Sie fördert das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg, aber auch die weitere Erforschung dieser Zeit. Noch gibt es einige Zeitzeugen, aber sie

werden immer weniger. Deshalb muss die Geschichtsforschung, die ja mittlerweile auch in den Händen von Historikern der zweiten oder dritten Generation liegt, anders orientiert werden. Dies umso mehr als die Stimmen, die den Holocaust verleugnen, wieder lauter werden. Hier darf es keine Tabus geben, die Geschichte muss komplett und ohne Vorbehalte analysiert werden. Wir haben gute Historiker, die vieles aufdecken, was lange ungesagt blieb. Ihre Arbeit ist eine Chance für unser Land – das allerdings lernen muss, mit den Forschungsergebnissen zu leben und sich damit auseinanderzusetzen.

Damit sind wir weit entfernt von der IHRA, der hinter vorgehaltener Hand in Fachkreisen vorgeworfen wird, nur da zu sein, um sich ein gutes Gewissen zu geben.

Dessen war man sich auch in internationalen Kreisen bewusst, das soll sich jedoch ändern. Den Anfang hat Jean-Claude Juncker bereits gemacht. Auf sein Betreiben hin hat die Kommission einen Beobachterstatus bekommen. Wir haben in unserer Präsidentschaft weitere anspruchsvolle Aufgaben. Wir werden im nächsten Jahr, unter Luxemburger Präsidentschaft, den 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz feiern, stellvertretend für die Befreiung aller Vernichtungslager der Nazis. Es wird, wie schon gesagt, wohl die letzte Feier sein, an der noch Überlebende teilnehmen. Ich weiß aus meiner Zeit als Botschafter in Wien und der Beteiligung an den Gedenkfeiern in Mauthausen, wie stark emotional geprägt solche Gedenkzeremonien immer sind. Die Feiern im nächsten Jahr sollen ein Abschluss und ein Neubeginn sein. Sie sollen die von uns geförderte Gedenkkultur symbolisieren, aber auch die moderne Geschichtsforschung fördern.

Zusätzlich steht auch die Aufarbeitung der „Erklärung von Stockholm“ auf dem Programm, die bis zum 20. Jahrestag ihrer

Veröffentlichung (im Januar 2020) fertig sein soll. Hier bin ich schon länger stark eingebunden, weil der aktuellen italienischen Präsidentschaft aus politischen Gründen zeitweise die Hände gebunden waren. Wir konnten und wollten es uns aber nicht leisten, ein Jahr lang nichts zu tun, und haben deshalb unter anderen Voraussetzungen weitergearbeitet.

Und dann werde ich mich persönlich sehr stark dafür einsetzen, damit Portugal, das bisher Beobachterstatus hat, als Vollmitglied aufgenommen wird. Portugal war im Zweiten Weltkrieg zwar neutral, hat jedoch Großes geleistet. Ich möchte dem portugiesischen Konsul in Bordeaux, Dr. Aristides de Sousa Mendes, der vielen Luxemburgern ein Ausreisevisum gab, eine Ausstellung widmen. Sie soll mit portugiesischen Erklärungen versehen sein und damit auch die Portugiesen hierzulande erreichen. Es gibt auch eine portugiesische Doktorarbeit über den Grenzort Vilar Formoso und den Eisenbahnzug mit 300 Immigranten (darunter auch Leuten aus Luxemburg), der am 7. November 1941 zurückgewiesen wurde. Es wäre nützlich, die Forschungsarbeiten zu koordinieren, gegebenenfalls zu übersetzen.

Wie kam Luxemburg zu der Präsidentschaft der IHRA? Wie haben Sie sich persönlich darauf vorbereitet?

Luxemburg hat sich auf ausdrücklichen Wunsch von Premierminister Xavier Bettel beworben. Die Präsidentschaft wechselt jedes Jahr. Wir arbeiten jedoch in einer sogenannten Troika, dem amtierenden Präsidenten stehen jeweils sein Vorgänger und sein Nachfolger zur Seite. Ich habe 2016 die Nachfolge des Historikers Paul Dostert an der Spitze der Delegation angetreten. Damals führte Rumänien den Vorsitz. Das Land, das sich mit seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg schwertat – es hat die Deportierung von 13.000 Juden innerhalb weniger Tage lange

verneint –, hat eine hervorragende Präsidentschaft hingelegt. Es hat sich zu seinen Fehlern bekannt und auf Druck der Expertengruppen der IHRA seine Geschichtsbücher aufs Korn genommen, um sie historisch richtigzustellen. Die IHRA mit ihrem kleinen Team bringt das nicht immer gut in die Öffentlichkeit.

Und da wollen Sie jetzt Abhilfe schaffen?

Ja, mir ist viel an der Sichtbarkeit der Organisation gelegen.

Ich will das Geschichtsbewusstsein stärken, über Probleme und ihre Lösungen reden. Das kann ich natürlich nicht mit dem Vorsitz einer internationalen Organisation, der die hiesige Bevölkerung nicht anspricht. Deshalb soll es, zusätzlich zu den zwei großen Treffen, die wir im Juni und im Dezember ausrichten, kulturelle Kundgebungen geben. Eine erste ist schon, im Vorfeld der „Présidence“, am 2. Februar in Neumünster. Es ist eine Ausstellung aus dem Holocaust-Mu-

seum in Washington, die auf 49 Schautafeln die Propagandamethoden der Nazis veranschaulicht, mit denen sie die noch neue Demokratie nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg aushebelten. Wir haben die Erlaubnis bekommen, 20 dieser Schautafeln zu kopieren und in den Schulen zu zeigen. Denn genau da, bei der Pädagogik, müssen wir ansetzen, um die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und dafür zu sorgen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt.

Zur Person

Der 66-jährige Georges Santer kommt aus Bascharage und war nach einem Magister der Philosophie mit Schwerpunkten Geschichte und deutsche Sprache ab 1980 als Diplomat tätig. 1983 kam er zur Botschaft in Paris, wo er für die OECD und die Unesco zuständig war. Es

folgten Etappen in New York, Madrid, Peking, Wien, Paris und Berlin, bei denen er immer wieder für die luxemburgischen Interessen in den internationalen Organisationen zuständig war. Kulturell ehrenamtlich aktiv war er im Verwaltungsrat des OPL, im Organisationskomitee der Europäischen Kulturhauptstadt 2007 und im Vorsitz des Echternacher Musikfestivals.

Der Auslöser

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen

gen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Mit diesen Worten definiert die „International Holocaust Remembrance Alliance“ den Beweggrund ihrer Arbeit.

Die Erinnerung wahren

Genau 20 Jahre nach der Gründung der „International Holocaust Remembrance Alliance“ übernimmt Luxemburg am 5. März 2019 ein Jahr lang den Vorsitz dieser zwischenstaatlichen Vereinigung, in der mittlerweile 32 Staaten, zwei Partnerländer, elf Beobachter und sieben internationale Partner sitzen. Seit November 2018 ist auch die EU-Kommission, auf Betreiben ihres Präsidenten Jean-Claude Juncker, ein ständiger Partner der IHRA. Der Alarmschrei kam aus Schweden, wo Premierminister Göran Persson nach einem Besuch in einem Konzentrationslager und einer Meinungsumfrage feststellte, dass in seinem Land (das selbst nicht am Zwei-

ten Weltkrieg beteiligt war) nur wenig über den Holocaust bekannt war und dieser vermehrt infrage gestellt wurde. Um dagegen anzukämpfen, gründete Persson, unterstützt von den USA und Großbritannien, die „Task Force for international Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“, die 2013 in IHRA umbenannt wurde. Sie fußt auf der sogenannten „Erklärung von Stockholm“. Aufklärung, Forschung und Erinnerung hat sie sich auf ihre Fahne geschrieben. Auf ihr Betreiben wurde der 27. Januar, der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz, zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des

Nationalsozialismus“. Ein weiterer Schwerpunkt ist die kulturelle Erinnerungsarbeit mit Museen und Gedenkstätten. Die IHRA hat ihr Sekretariat in Berlin, die Präsidentschaft übernehmen die Mitgliedsländer reihum. In der Organisation sitzen Vertreter der Regierungen und Experten. Für Luxemburg sind das der Diplomat Georges Santer, der die luxemburgische Präsidentschaft leiten wird. Weitere Mitglieder sind die Direktorin des Nationalarchivs José Kirps, der Journalist und Historiker Laurent Moyses, der Direktor des Resistenzmuseums Frank Schroeder und die Beamten Max Conzemius (Erziehungsministerium), Marcelle Mangen (Außenministerium) und Sandra Neumann (Staatsministerium).

Blickpunkt

Zwei Begegnungen richtet die luxemburgische Präsidentschaft aus. Eine erste findet vom 3. bis 5. Juni in Mondorf statt. Der Ort wurde nicht zufällig ausgesucht: Er ist ein Erinnerungsort. Dort wurden zwischen Mai und September 1945 fast alle bis dahin gefangenen deutschen Nazigrößen und hochrangige Militärs im „Hotel Palace“ festgehalten und verhört, bevor sie nach Nürnberg vor den Internationalen Militärgerichtshof gebracht wurden. Bei dieser Gelegenheit soll auch der Dokumentarfilm „Ashcan“ gezeigt werden, der erstmals diesen Aspekt der Kriegsgeschichte dokumentiert. „Es ist längst noch nicht alles bekannt, was die Amerikaner herausgefunden haben“, erklärt Santer. Das zweite Treffen findet im Dezember in Luxemburg-Stadt statt. Dabei soll es zu einer Neuauflage der „Erklärung von Stockholm“ kommen. Es werden bis zu 350 Teilnehmer erwartet.

KLOERTEXT - INTERNATIONALER HOLOCAUST-GEDENKTAG - WIE ERINNERN 2019? Aus Geschichte lernen

Der 27. Januar ist internationaler Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Fast unbeachtet bleibt, dass dieser Tag auch einen erklärenden präventiven Gedanken hat: Er soll sensibilisieren und somit dazu beitragen, dass sich Genozide wie die Shoah nicht wiederholen, wie Marc Schoentgen, Direktor des Zentrum für politische Bildung (ZpB) erklärt:

„In Sinne der Sensibilisierung scheint Luxemburg fast wie ein Vorbild. Das Land hat über das Jahr eine Abfolge von Gedenktagen, nicht selten mit Gedenk- und Erinnerungsorten verbunden. Hier sei als Beispiel die seit 50 Jahren stattfindende Erinnerungsfeier in Fünffbrunnen genannt, die mahnend den dort internierten und von dort aus deportierten jüdischen Bürgern und Bürgerinnen gedenkt. Mehr als sieben Jahrzehnte nach der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers von Auschwitz hat sich hierzulande die Zahl der Erinnerungsakteure, Denkmäler und Gedenkveranstaltungen geradezu multipliziert. Man könnte gar von einer ‚conjoncture mémorielle‘ sprechen, die nur mühevoll die Konflikte überdeckt, die seit der Nachkriegszeit mehr oder weniger offen zwischen den einzelnen Opfergruppen existieren. Die ‚guerre des mémoires‘ beschäftigt heute mehr die Generationen, die nach 1945 geboren sind, als die schrumpfende Gruppe der Zeitzeugen. Und es gibt mit der Schaffung des genannten ‚Comité pour la Mémoire‘ und eines ‚Service de la Mémoire‘ die Fortsetzung einer offiziellen, staatlich geförderten Erinnerungspolitik.“

Dass nicht alle Opfer gleich sind, zeigt das Beispiel der Shoah: Die Dimension eines systematisch geplanten, industriell durchgeführten und grenzüberschreitenden Völkermords ist einzigartig in der Geschichte. Deshalb ist die Schaffung einer ‚Fondation

luxembourgeoise pour la Mémoire de la Shoah‘ im vergangenen Jahr im Prinzip aus historischer Sicht richtig und mehr als eine politische Geste. Die Herausforderung im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts liegt nicht in der Organisation von Gedenkfeiern, deren Sinnhaftigkeit, Wichtigkeit und Legitimität ich nicht in Frage stellen will. Vielmehr geht es heute darum, sich der pädagogischen Herausforderungen anzunehmen, die durch zeitliche Distanz zwischen den Generationen des 21. Jahrhunderts und der Epoche des Zweiten Weltkriegs entstanden sind. Wegen ihrer Herkunft oder ihres Alters fehlt einem Teil der Menschen in diesem Land jeder persönliche Bezug zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs.

Über das Erinnern hinaus stehen nun Bildungsinstitutionen in der Pflicht, diese Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu schlagen. Der Ausdruck: ‚Lernen aus der Geschichte‘ klingt vielleicht abgenutzt, hat aber durchaus seinen Sinn. Wer sich kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzt, wer Fragen zulässt, die Widersprüche in Interpretation und Erinnerung aufwerfen, und letztlich von der Perspektive eines Volkes der Opfer wegkommt, kann die Gegenwart besser verstehen.

Die Bezüge zwischen dem Historischen und dem Gegenwärtigen lassen sich leicht herstellen: Geschichte von Flucht und Verfolgung, Missachtung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte, Rassismus und Diskriminierung, Krieg und Mord an Unschuldigen, Diktaturerfahrungen, Versagen von Eliten, das Spannungsfeld von Macht und Ohnmacht, die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen usw. sind auch Gegenwartserfahrungen, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mitbringen beziehungsweise Situationen, die von vielen erlebt werden, sei es durch persönliche Erfahrung oder sei es auch nur durch die Medien.

Was wir brauchen: Eine effiziente, nachhaltige Gedenkarbeit. Dies ist Aufgabe, Verantwortung und Herausforderung aller Akteure, die sich heute in Luxemburg auf dem Terrain der ‚Mémoire‘ bewegen, staatliche, private und zivilgesellschaftliche. Dazu müssen entsprechende Bildungsangebote geschaffen werden, die historisch und pädagogisch an das 21. Jahrhundert anknüpfen und an die spezifische Situation Luxemburgs angepasst sind. Dazu gehört auch der kritische Umgang mit der Luxemburger Vergangenheit und mit der Erinnerungskultur der vergangenen Jahrzehnte. Dies ist letztlich auch eine Aufgabe der politischen Bildung in Luxemburg.“

Beliebter Pass

Immer mehr Menschen nehmen die luxemburgische Nationalität an

LUXEMBURG
SVEN WOHL

Insgesamt 13.185 Personen haben im vergangenen Jahr die luxemburgische Nationalität erhalten. Dies bestätigte Justizminister Felix Braz (déi gréng) in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage des DP-Abgeordneten Gilles Baum. Dieser stellte fest, dass bereits im Jahr 2017 10.095 Personen die Nationalität erhielten, während es 2016 gerade einmal 2.796 waren. Der Anstieg wird mit der Reform des Nationalitätengesetzes in Zusammenhang gebracht.

Die vielen Wege zur luxemburgischen Staatsbürgerschaft

Der Justizminister veröffentlicht jedoch noch weitaus detailliertere Zahlen. So gab es im vergangenen Jahr 791 Naturalisie-

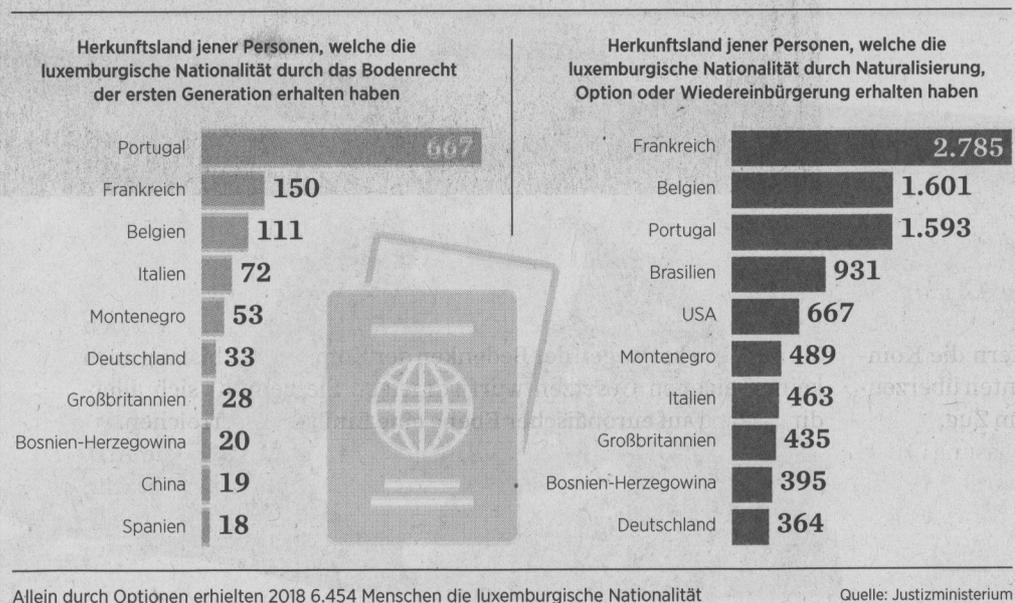
rungen, während 6.454 Personen durch Option die Nationalität erhielten. 4.632 nahmen die Möglichkeit einer Wiedereinbürgerung war. 1.308 Personen beriefen sich indes auf das Bodenrecht der ersten Generation. Jede Person, die vor dem 1. Juli 2013 in Luxemburg geboren wurde und fünf Jahre vor dem Moment ihrer Volljährigkeit ohne Unterbrechung in Luxemburg ihren Wohnsitz hatte, erhält somit die luxemburgische Nationalität.

Bei den zahlreichen Personen, die die Nationalität durch Option erhielten, wird sich auf unterschiedliche Artikel berufen, wie der Justizminister erläutert. 2.261 Personen berufen sich auf Artikel 86, der die gleichen Voraussetzungen wie das Bodenrecht der ersten Generation beinhaltet, jedoch eine Option für jene darstellt, die die

luxemburgische Nationalität bereits mit dem zwölften Lebensjahr erhalten möchten. 2.390 Personen erhielten die luxemburgische Nationalität durch die Option, die sich auf Artikel 28 bezieht: Dieser ermöglicht es, die Nationalität anzunehmen, wenn man mehr als 20 Jahre im Großherzogtum gelebt hat.

Keine ausführlichen Zahlen konnte der Abgeordnete zu den doppelten Staatsbürgerschaften erhalten. Dies erklärt sich dadurch, dass es für die luxemburgischen Behörden nicht nachvollziehbar ist, ob eine Person durch die Annahme der luxemburgischen Nationalität ihre ursprüngliche verliert oder beibehält. Dementsprechend stehen dem Minister hierzu keine genauen Zahlen zur Verfügung. ●

ANZIEHUNGSPUNKT



Luxemburg wächst und wächst

GROSSREGION Statec gibt die neuesten Zahlen heraus

Wiebke Trapp

Die neuesten Zahlen zur Großregion bergen Zündstoff. Pünktlich zum 16. Gipfel der Großregion, der am 30. Januar in Remerschen stattfindet, hat Statec die neuesten Zahlen über das Gebiet herausgegeben. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Bebauungspläne, an denen in vielen Gemeinden mit Hochdruck gearbeitet wurde oder noch gearbeitet wird, gibt es eine interessante Information und eine noch interessantere Prognose.

So heißt es in dem Bulletin, das Statec gestern herausgegeben hat, dass die Bevölkerungszahl in Luxemburg zwischen 1975 und 2017 um 68 (!) Prozent gestiegen ist. 1981 – frühere absolute Zahlen sind nicht verfügbar – zählte das Großherzogtum laut Statec 364.600 Menschen. Zum 1. Januar 2018 waren es 602.000. Bis zum Jahr 2050, so schreiben die Statistiker in ihrer Prognose, soll die Bevölkerung in Luxemburg noch einmal um 57 Prozent wachsen.

Aktivster Arbeitsmarkt – grenzüberschreitend

Das ist der größte Zuwachs unter den beteiligten Regionen, danach soll nur noch die Wallonie um 11 Prozent Einwohner ansteigen. In den anderen Regionen soll es bis 2050 mehr oder weniger starke Rückgänge der Einwohnerzahlen geben.

Dem Saarland wird ein Rückgang der Bevölkerung von 23 Prozent vorhergesagt, Rhein-

land-Pfalz ein Rückgang um 13 Prozent und Lothringen um 2 Prozent.

Dass die Großregion der aktivste grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in Europa ist, ist kein Geheimnis. 230.000 Menschen sind 2017, aus diesem Jahr stammen die Zahlen, täglich in eine der fünf Regionen zur Arbeit gependelt. 390 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt werden erwirtschaftet. Damit trägt die 65.499 Quadratkilometer große Region, in der zwölf Millionen Menschen leben, 2,5 Prozent zur Wirtschaftsleistung der Europäischen Union bei.

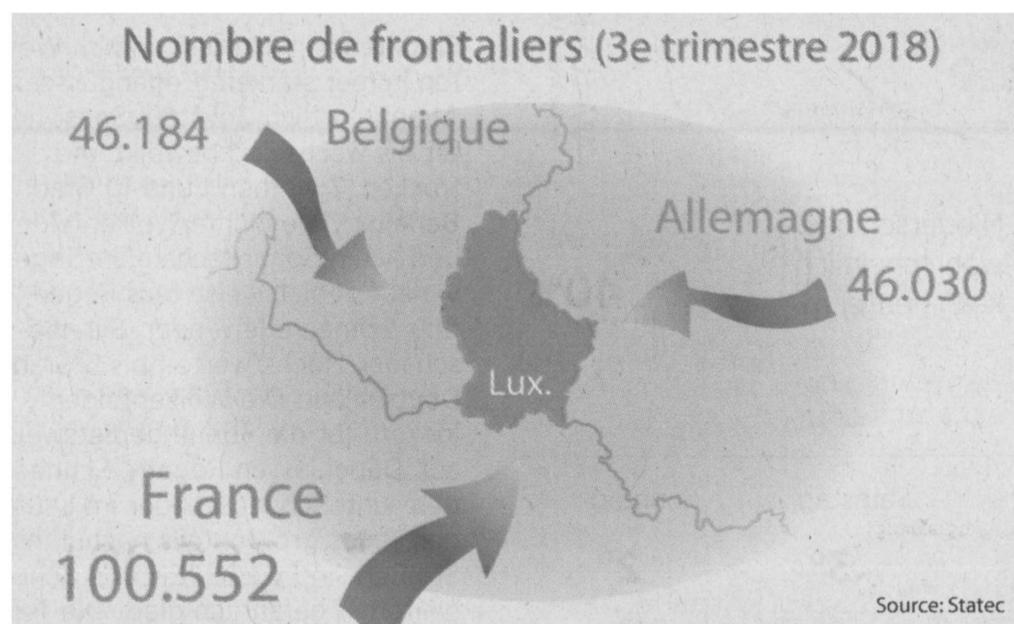
Bleibt noch die touristische Attraktivität der Region. 302.000 Gästebetten in Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen sowie mehr als 36 Millionen Gästeübernachtungen im Jahr 2017 verdeutlichen das. In den vergangenen 20 Jahren ist die Zahl der Übernachtungen damit um gut ein Viertel gestiegen, heißt es bei Statec weiter.

Und wie bewegen sich die Menschen in dem Raum? 6,5 Millionen Pkws sind in der Großregion zugelassen, teilt Statec mit und hat einen Durchschnitt von 563 Pkws pro 1.000 Einwohner errechnet. In Luxemburg ist die Pkw-Dichte besonders hoch. Hier kommen 670 Autos auf 1.000 Einwohner.

Zahlen

Das Zahlenmaterial stammt von:

Landesamt für Zentrale Dienste – Statistisches Amt Saarland (LZD);
Grand Est – Institut national de la statistique et des études économiques (Insee);
Institut national de la statistique et des études économiques – Centre administratif Pierre Werner (Statec);
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz;
Institut wallon de l'évaluation, de la prospective et de la statistique (Iweps).



Kinder der Revolution

Kantone haben hierzulande Tradition - ihre Geschichte beginnt im 18. Jahrhundert

VON MAXIMILIAN RICHARD

Frankreich, Schweiz, Costa Rica, Syrien und Luxemburg: Diese Länder haben eines gemeinsam, sie teilen ihr Staatsgebiet in Kantone ein. In Luxemburg werden auf ihrer Basis die Wahlbezirke organisiert. In zwei Gemeinden wird zurzeit über einen Kantonswechsel nachgedacht.

Mersch oder Luxemburg? Die Gemeinde Kopstal hat die Qual der Wahl - zumindest wenn das Innenministerium die Kommune lässt. Während der Gemeindewahlen 2017 haben sich 63 Prozent der Wähler in einem Referendum für einen Wechsel vom Wahlbezirk Süden in den Zentrumsbezirk ausgesprochen. Dafür müsste die Kommune nun den Kanton Capellen verlassen und in den Merscher oder Luxemburger wechseln. Denn die Kantone dienen als territoriale Einheiten, auf deren Basis die vier Wahlbezirke organisiert sind. Somit sind die Kantone mehr als bloß Striche auf der Landkarte.

Seit vier Jahren sind sie die Größten: Die Abschaffung der drei Distrikte und der dazugehörigen Kommissariate im Jahr 2015 machte die zwölf Kantone zur obersten territorialen Verwaltungsgliederung des Großherzogtums. Sie setzen sich aus den 102 Gemeinden des Landes zusammen. Eine Kantonalbehörde gibt es nicht.

Neben der Einteilung der vier Wahlbezirke werden auf ihrer Grundlage diverse Verwaltungsbezirke organisiert. So hat etwa die Straßenbauverwaltung in jedem Kanton eine Niederlassung. Neben einem eigenen Wappen hat jeder Kanton einen offiziellen Verwaltungssitz, der eigentlich nur noch eine symbolische Rolle erfüllt. Die sogenannten Chef-lieu

stammen vielmehr aus dem Zeitalter der Postkutschen.

Denn der Ursprung der Kantone liegt inmitten der Französischen Revolution. Zu jener Zeit wurden die Weichen für die heutige territoriale Einteilung Luxemburgs gestellt. Neues entsteht allerdings meist nur, wenn Altes zu Ende geht. Und so beschließt das Jahr 1795 die Ära des Herzogtums Luxemburg. Französische Revolutionstruppen marschieren in die Festung ein - die Österreichischen Niederlande, zu der auch das Herzogtum gehört, zählen fortan zur Französischen Republik.

Der Machtwechsel bringt zahlreiche Änderungen mit sich. So hatte Frankreich erst wenige Jahre zuvor eine Territorialreform durchgeführt, die unter anderem die Einteilung des Staatsgebietes in Départements vorsah. Ganz nach den Prinzipien der Revolution erhielt jede Region neue Grenzen und einen neuen Namen, die jede Erinnerung an, ehemalige Grafschaften oder Herzogtümer auslöschen sollten. Der Großteil des Gebietes des Herzogtums wurde zum Département des Forêts.

Die Ortschaften des neu geschaffenen Gebietes bildeten Gemeinden. Diese wurden wiederum 37 Kantonen zugeteilt. Sie definierten unter anderem den Zuständigkeitsbereich verschiedener Verwaltungen. So gab es für jeden Kanton eine Steuerbehörde. Zudem war der Chef-lieu Sitz einer Gendarmerie- sowie einer Feuerwehrbrigade. Die Kantonsgrenzen bestimmten aber auch den Kompetenzbereich der Friedensgerichte, die in den jeweiligen Verwaltungssitzen angesiedelt waren.

Nichts ist für die Ewigkeit

Daran sollte sich auch in den

nächsten 177 Jahren nichts ändern. Erst infolge einer Reorganisation 1972 wurde deren Zuständigkeit zentralisiert. Lediglich in Luxemburg-Stadt, Esch/Alzette und in Diekirch gibt es nun ein Friedensgericht. Sie bilden die erste Stufe der juristischen Hierarchie und sind für weniger bedeutende Angelegenheiten in Zivil-, Handels-, Eil-, und Strafsachen zuständig.

Über den Kantonen standen sogenannte Arrondissements. Mehrere von ihnen bildeten ein Département. Sie waren sozusagen die Vorläufer der Bezirke, ihre Vertreter übernahmen diverse administrative Aufgaben.

Die erste Einteilung der Kantone hielt allerdings nicht lange an. Innerhalb der ersten sieben Jahre des Département des Forêts änderte sich die Zahl der Kantone mehrmals. 1802 wurde ihre Zahl auf 27 festgelegt. Aber auch dies sollte sich bald wieder ändern.

Nach der Abdankung Napoleons wurde während des Wiener Kongresses 1815 beschlossen, den Großteil des ehemaligen Herzogtums als souveränen Staat zu errichten. Die Landkarte des neuen Großherzogtums wurde in den kommenden Jahren immer wieder neu gezeichnet. 1841 erhielt Luxemburg dann seine erste Verfassung, im Zuge derer auch eine Verwaltungsreform in die Wege geleitet wurde. Sie sollte das Gesicht des Landes nachhaltig prägen.

Das Großherzogtum wurde in drei Distrikte, elf Kantone - der kleinste, Vianden, kam erst 1851 hinzu - und 120 Gemeinden eingeteilt. In den Distrikten

wurde ein Kommissar eingesetzt, der eine Vermittlerrolle zwischen der Regierung und den Gemeinden

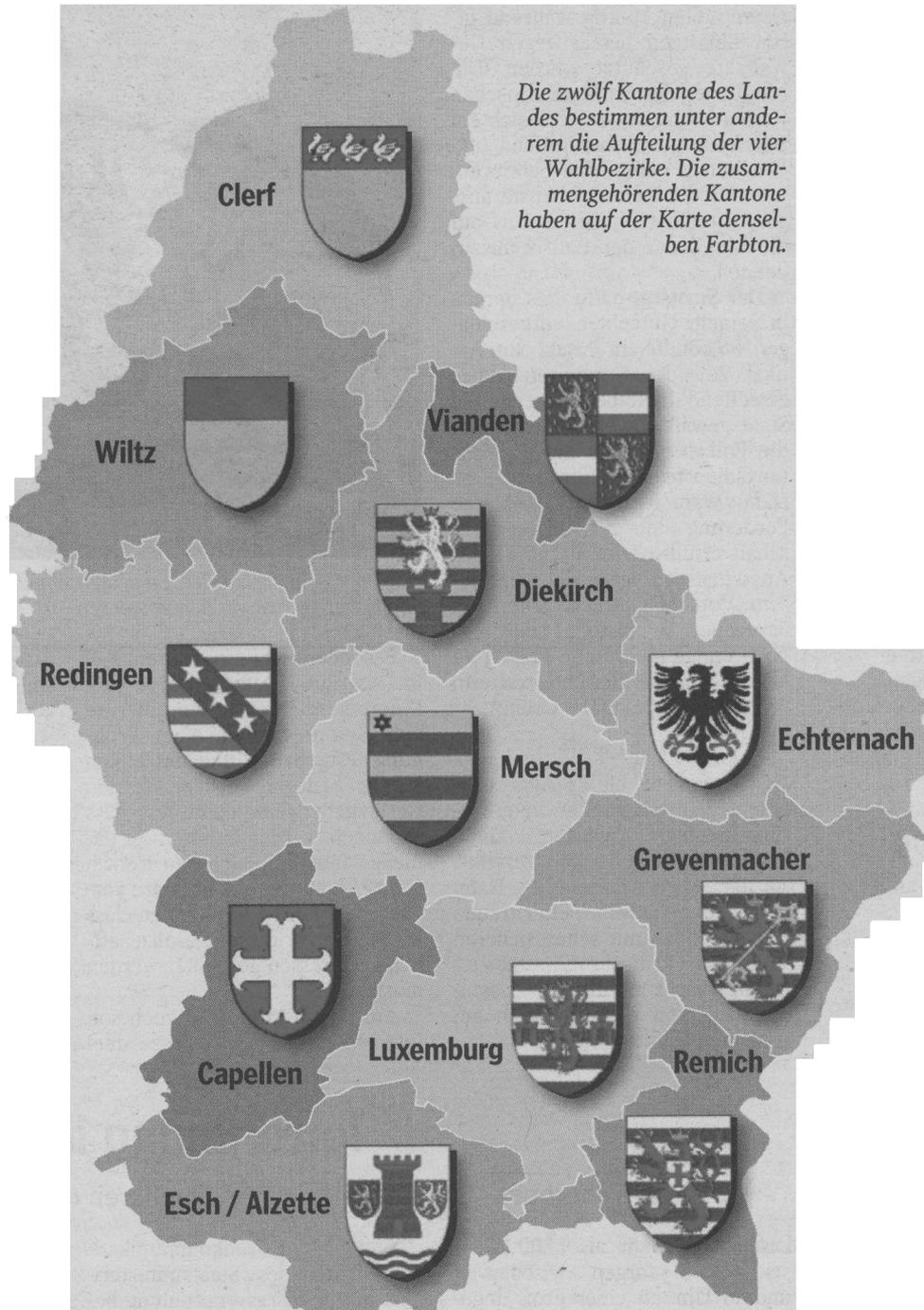
übernahm. Mit der Entwicklung der Verkehrs- und Kommunikationstechnologien wurde diese Aufgabe aber überflüssig. 2015 wurden die Distrikte und die Kommissariate abgeschafft.

Warten auf den Wechsel

Das Begehren der Gemeinde Kopstal hatte indes bislang wenig Erfolg - zu einem Kantonswechsel ist es bis dato nicht gekommen. Der frühere Innenminister Dan Kersch meinte nach dem Referendum, dass über den Wechsel „eventuell“ eine Diskussion geführt werden müsse - aber erst nach den Parlamentswahlen 2018. Damit übergab er die Verantwortung an seine Nachfolgerin Taina Bofferdin. Wie das LW vergangenen Samstag berichtete, will die Innenministerin dem Parlament diese Entscheidung überlassen.

Die Zugehörigkeit einer Gemeinde kann per Gesetz verändert werden. Zuletzt kam es nur bei Gemeindefusionen zu solchen Wechsel. Bedeutendere Konsequenzen wie ein Wahlbezirkswechsel blieben aber aus. So änderte etwa die Kommune Hoescheid im Jahr 2012 bei der Schaffung der neuen Gemeinde Park Hosingen ihre Kantonszugehörigkeit. Beim Zusammenschluss mit Consthun und Hosingen wechselte die Gemeinde vom Kanton Diekirch in den Kanton Clerf.

Solche Wechsel dürften weiter aktuell bleiben. Ähnliche Bestrebungen wie in Kopstal deuten sich nämlich auch in Leudelingen an. Dort will die Opposition im Gemeinderat ein Referendum zum Wechsel der Südgemeinde in den Wahlbezirk Zentrum erwirken.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Die Augen des Gesetzes

EU-Statistik: Luxemburg zählt 320 Polizeibeamte pro 100.000 Bürger

LUXEMBURG

Die Zahl der Polizeibeamten in der Europäischen Union ist in den letzten Jahren langsam zurückgegangen. Das geht aus einer aktuellen Mitteilung von Eurostat hervor.

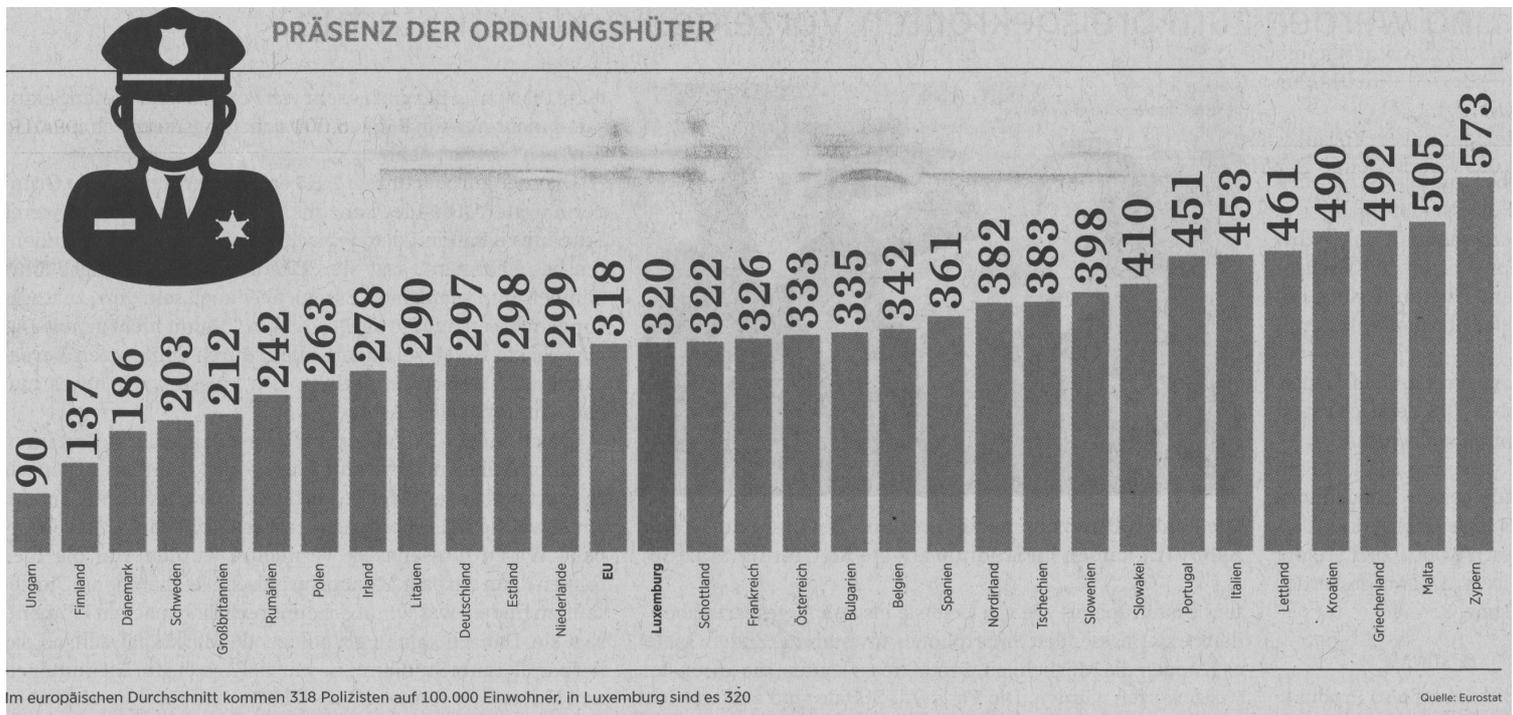
In der Europäischen Union haben nach dieser Erhebung im Jahr 2016 insgesamt 1,6 Millionen Polizisten ihren Dienst verrichtet, was einem Rückgang

von 3,4 Prozent gegenüber dem Jahr 2009 entspricht. Insgesamt gab es 2016 so in der Europäischen Union 318 Polizeibeamte pro 100.000 Einwohner.

Deutschland abgeschlagen

Wie Eurostat ausführt, gibt es jedoch große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten. Ungarn hat den niedrigsten Vergleichssatz (90 Polizisten pro 100.000 Einwohner im Jahr 2015), hinter Finnland (137), Dänemark (186 im Jahr 2015)

und Schweden (203). Die meisten Polizisten je Einwohner findet man auf Zypern (573), Malta (505), Griechenland (492) und Kroatien (490 im Jahr 2015) folgen. Luxemburgs direkte Nachbarn Frankreich (326) und Belgien (342) positionieren sich über dem EU-Durchschnitt von 318, Deutschland liegt mit 297 deutlich hinter Luxemburg und dem EU-Durchschnitt zurück. ●



Wenig Korruption in Luxemburg

Luxemburg. Das Großherzogtum belegt im neuen Korruptionsranking von Transparency International den neunten Platz. Nach Angaben der gemeinnützigen internationalen Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Berlin haben Korruption und Bestechung in

vielen Ländern deutlich zugenommen. „Weltweit ist die Situation düster“, teilte Transparency International bei der Vorstellung des neuen Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) gestern mit. Demnach erreichen mehr als zwei Drittel aller untersuchten Länder weniger als 50 von 100 möglichen Punkten. In einigen Ländern gibt es nach den Untersuchungen der Organisation deutliche Rück-

schritte. So rutschten die USA von Platz 16 auf Platz 22 ab. Weltweit Spitzenreiter als sauberstes Land ist Dänemark mit 88 Punkten im CPI 2018 vor Neuseeland und Finnland. Luxemburg (81 Punkte) belegt Platz neun auf dieser Liste und verliert damit einen Platz im Vergleich mit 2017. *dpa/jt/mbb*

Korruptionswahrnehmungsindex 2018

Länderranking - diese Staaten gelten als besonders integer

Rang	Land	Änderungen 2017-2018	
1	Dänemark	→	0
2	Neuseeland	↘	-2
3	Finnland	→	0
3	Singapur	↗	1
3	Schweden	↗	1
3	Schweiz	→	0
7	Norwegen	↘	-1
8	Niederlande	→	0
9	Kanada	↘	-1
9	Luxemburg	↘	-1
11	Deutschland	↘	-1
11	Großbritannien	↘	-2
13	Australien	→	0

WELT

Quelle: Transparency International Deutschland (untersucht wurden 180 Länder)

Quelle: Artikel „Deutschland schmiert ab“, Die Welt, 30.01.2019